



90 Jahre Jugendamt Ottakring. Von der Berufsvormundschaft zur Jugendwohlfahrt der MAG ELF



Stadt + Wien
Wien ist anders.

**90 Jahre Jugendamt Ottakring
1913 bis 2003**

Von der Berufsvormundschaft zur Jugendwohlfahrt der MAG ELF

Von DSA Gabriele Ziering

Als der 90. Geburtstag des Jugendamtes Ottakring nahte, begab sich DSA Gabriele Ziering, Leitende Sozialarbeiterin in der Regionalstelle Soziale Arbeit mit Familien 16. Bezirk auf eine historische Reise. Sie sammelte Informationen, studierte Quellen, kontaktierte Auskunftspersonen und schrieb schließlich eine Geschichte des Jugendamtes Ottakring. Und da das Jugendamt Ottakring ja ein Teil des Wiener Jugendamtes, heute MAG ELF, ist, schrieb sie die Geschichte des Wiener Jugendamtes gleich mit.



Bei ihrer Reise in die Vergangenheit erlebte Gabriele Ziering, wie spannend Geschichte sein kann, vor allem die Geschichte der letzten neun Jahrzehnte. Eine Geschichte, in der alle Höhen und Tiefen des sozialen Lebens und der sozialen Arbeit durchschritten wurden.

In ihrem hier vorliegenden Bericht kann die LeserIn die Begeisterung miterleben, mit der Gabriele Ziering die Wurzeln unserer heutigen sozialen Arbeit im Bereich der Jugendwohlfahrt erforschte. Ihr soziales Engagement, ihr Mitgefühl mit den betroffenen Menschen, mit den betroffenen Kindern, wird deutlich, ebenso ihre Freude über soziale Errungenschaften für Kinder und Jugendliche, für Frauen und für Familien.

Soziale Entwicklung ist immer eng mit dem politischen und kulturellen Geschehen verbunden. Ziering beschreibt diese Verbindungen sehr ausführlich, so dass gleichzeitig die Zeitgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis heute dargestellt wird.

Der Bericht kann natürlich keinen Anspruch auf historisch-wissenschaftliche Professionalität und Vollständigkeit erheben, kann auch nicht als offizielle Darstellung der MAG ELF angesehen werden. Gabriele Ziering hatte alle Freiheit für persönliche Wertungen und das Setzen subjektiver Schwerpunkte. Sie beschreibt die Entdeckungsreise von der Vergangenheit in die Gegenwart aus ihrer ganz persönlichen Sicht, aus der Sicht einer engagierten Sozialarbeiterin, die selbst schon einen Teil der Entwicklung miterlebt hat. Gerade dadurch ist ein origineller, engagierter Bericht entstanden, der interessant und spannend zu lesen ist, der einige Aufschlüsse über die Entwicklung des Jugendamtes Ottakring und der Wiener Jugendwohlfahrt gibt, aber auch die starken Einflüsse gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen deutlich macht. Ich gratuliere Gabriele Ziering zu diesem Werk und wünsche ihm viele Leser.

Mag. Renate Balic-Benzing
Leiterin der MAG ELF -
Amt für Jugend und Familie der Stadt Wien

90 Jahre Jugendamt Ottakring 1913 bis 2003

Von der Berufsvormundschaft zur Jugendwohlfahrt der MAG ELF

Einleitung: Mag. Renate Balic-Benzing	3
Die Ursprünge	6
Ottakring: von der Vorstadt zum 16. Wiener Bezirk	6
Die Ottakringer Arbeiterbewegung	8
Das Jugendamt Ottakring, Arneithgasse 84	10
Exkurs: Die Entwicklung der rechtlichen Situation der unehelich geborenen Kinder	12
Fürsorge im Roten Wien	14
1916: Ausbaubeschluss der städtischen Jugendfürsorge	14
Professor Julius Tandler	14
Die Bezirksjugendämter	17
Das Frauenbild in der Fürsorge	19
„Verwahrlosung“ als Kampfbegriff der Fürsorge	21
Das Ende einer großen Ära	22
Autoritärer Ständestaat und Anschluss an Hitler-Deutschland	24
Die Vaterländische Front	24
„Wohlfahrt“ im NS-Staat	25
Das Kinderheim „Am Spiegelgrund“ und Kindereuthanasie	28
Das tägliche Leben	30
Nach dem Krieg: Wiederaufbau und Wirtschaftswunder	33
Das Jugendamt in den ersten Nachkriegsjahren	33
Die neuen Ausbildungsstätten	37
„Rock around the clock“ in Ottakring und Wien	38
„Wirtschaftswunder“ im Jugendamt	39
Die neue Generation	41
Vietnamkrieg, Mondlandung und Studentenbewegung	41
Der neue Weg des Jugendamtes	42
Von „Teamarbeit“ zum Großsprengel	43
Von der Fürsorgerin zur Sozialarbeiterin, vom Jugendamt zum Amt für Jugend und Familie	46
Heim 2000 und ein neues Sozialarbeits-Modell in Ottakring	49
Der Wal MAG ELF	51
Wien ist anders, Ottakring auch	53
Nachwort über die Verfasserin, Elisabeth Köpl	55
Quellen und Literaturhinweise	57

Erste Kinderbewahranstalt Ottakring

Ottakring: von der Vorstadt zum 16. Wiener Bezirk

Ottakring war eine typische Wiener Vorstadt, deren Ursprünge bis ins 12. Jahrhundert zurückreichen. Zwei Dörfer, Ottakring und Neulerchenfeld, verschmolzen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr miteinander. Die Ottakringer Bauern betrieben Weinbau und Milchwirtschaft. Die Neulerchenfelder waren überwiegend Handwerker und Gewerbetreibende, die allem Neuen gegenüber toleranter und aufgeschlossener waren als ihre traditionsbewussten Nachbarn.

Nach und nach entwickelte sich eine ausgeprägte Vergnügungskultur, begleitet von einer besonderen Art Volksmusik, aus der das Wienerlied hervorging. Um 1800 hatten von 160 Häusern 103 eine Schankberechtigung.

Volkssänger verdienten ihren Lebensunterhalt, indem sie von Wirtshaus zu Wirtshaus zogen und dort die Gäste unterhielten. Sie erfreuten sich enormer Popularität, da sie in ihren im breiten Wiener Dialekt gesungenen Liedern nicht mit Kritik und Sarkasmus am Zeitgeschehen sparten. Edmund Guschlbauer, Ignaz Nagel, die Fiaker - Milli und Antonie Mansfeld waren die berühmtesten unter ihnen. Allerdings waren diese Volkssänger in keinster Weise sozial abgesichert. Carl Hauser und der Kaffeesieder Ferdinand Posch begannen Ende des 19. Jahrhunderts alte und kranke Volkssänger und deren Kinder finanziell zu unterstützen.

Im Jahr 1838 gründete Heinrich Plank eine Brauerei, die nach seinem finanziellen Ruin von den Brüdern Ignaz und Jakob Kuffner erworben und von diesen zum wirtschaftlichen Mittelpunkt Ottakrings ausgebaut wurde. Familie Kuffner war sehr großzügig. Sie förderte nicht nur Studenten und ließen die Kuffner Sternwarte erbauen, sondern

unterstützten auch die Wohlfahrt. Ignaz Kuffner war von 1869 bis 1876 auch Bürgermeister von Ottakring.

Ebenso ermöglichte Prinzessin Wilhelmine von Montleart-Sachsen-Curland durch eine Spende anlässlich des 40jährigen Thronjubiläums von Kaiser Franz Josef die Errichtung des Wilhelminenspitals, dessen Eröffnung am 1.4.1891 erfolgte. Durch die Neugründung zahlreicher Fabriken und Manufakturen, viele davon waren Perlmutter-Drechsereien, sogenannte „Knöpferlmachereien“, stieg die Anzahl der zugewanderten Arbeiter und Tagelöhner stark an. Der Brunnenmarkt, der seinen Namen einem Brunnen zur Wasserversorgung der Bevölkerung verdankt, wurde zum blühenden Umschlagplatz von Waren aller Art.

Es konstituierte sich der erste demokratische Gemeinderat (1850). Der Gastwirt und Dorfrichter Georg Eisner wurde Bürgermeister.

Bereits 1842 gründete der Pfarrer Josef Adler die „Kinderbewahranstalt Neulerchenfeld“, die ein Jahr später in der Grundsteingasse 36 eröffnet wurde. Da die Neulerchenfelder bereits eine Kinderbewahranstalt hatten, mussten die Ottakringer nachziehen. Durch eine Spende der Geschwister Katharina und Moriz Kuffner konnte 1868 in der Wagnergasse 10 (spätere Arnehtgasse) die erste Kinderbewahranstalt Ottakrings eröffnet werden. Im selben Jahr folgte eine in der Ottakringerstraße 127, die den Schulschwestern zur Führung übergeben wurde.

Im „Nachschlagebuch für die Zwecke der öffentlichen und privaten Armenpflege“, herausgegeben vom „Armen-Departement der Stadt Wien“, findet sich über die „Communal-Kinderbewahranstalt“ folgender Beitrag:

„Diese Anstalt hat die Bestimmung, die noch nicht schulfähigen Kinder von Ottakring vom 2. bis vollendeten 6. Jahre ohne Unterschied der Confession auf-

zunehmen, zu beaufsichtigen, auf ihre körperliche und geistige Entwicklung und Erziehung naturgemäß einzuwirken, und so einerseits den Eltern, besonders jenen, welche ihr Brot außer Hause verdienen, die Möglichkeit zu bieten, unbesorgt um das Schicksal ihrer Kinder, den Geschäften nachzugehen, andererseits den Kindern einen Ersatz für die häusliche Erziehung und entsprechende Vorbereitung für die Schule zu geben. Auch die schulbesuchenden Kinder, welche in der Anstalt aufgewachsen sind, können nach Umständen in derselben außer der Schulzeit Aufnahme und Überwachung erhalten, um hiedurch vor dem Müßiggang und anderen Übeln bewahrt zu bleiben.“

Die Einwohnerzahl stieg bald auf über 100.000 an.

Auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses wurden die beiden Orte 1890 zusammengefasst und als 16. Bezirk der Stadt Wien eingemeindet. Nach einem längeren Streit über den Bezirksnamen, setzte sich Ottakring durch, allerdings stellten die Neulerchenfelder mit Robert Ulrich, einem Dürrkräutler, den ersten Bezirksvorsteher.

Durch die Ansiedelung weiterer Fabriken (Tabakfabrik, Julius Meinel, Warchalowsky, Eißler&Co, sowie die von Ferdinand Hrdlicka gegründete Firma Herlango) kam es um die Jahrhundertwende zu einem starken Zuzug von Arbeitern aus den Kronländern der Monarchie, vorwiegend aus Südböhmen und Südmähren. Die Bevölkerung wuchs innerhalb von drei Jahrzehnten um vierzig Prozent, der Wohnungsbau im selben Zeitraum allerdings nur um zehn Prozent. 1890 lebten in Neulerchenfeld auf weniger als einem Quadratkilometer doppelt so viele Menschen wie in der Innenstadt auf einem ganzen Quadratkilometer. Da Wohn-

raum Mangelware war, stiegen die Mietpreise in horrende Höhen, sodass die Menschen gezwungen waren auf engstem Raum zusammenzuleben. Ein Untermiet- und Bettgehortum entwickelte sich.

Zehn Prozent der Ottakringer hatten nicht einmal ein Zimmer, sondern nur ein Bett gemietet. Dadurch wurde die Straße und auch die „Gstetten“ (z.B. die Schmelz) und natürlich das Wirtshaus zum Mittelpunkt des ärmlichen Lebens. Kleinkriminalität, Prostitution und Bandenwesen breiteten sich aus und verschafften Ottakring so wie anderen Vorstädten auch den Ruf einer finsternen, lasterhaften Gegend, die vom Bürgertum – und vom Adel erst recht – gemieden und argwöhnisch beobachtet wurde.

Bei der Volkszählung 1910 war Ottakring mit 177.687 Einwohnern der bevölkerungsreichste Bezirk Wiens, davon hatten an die 70.000 nicht die Geburtsorte Wien, Ottakring oder Neulerchenfeld.

11.000 gaben Tschechisch als Umgangssprache an. Ottakring wurde neben Favoriten zum größten Arbeiterbezirk Wiens. 40 Prozent der Ottakringerinnen waren voll berufstätig, viele weitere arbeiteten stunden- bzw. tageweise als Wäscherinnen, Bedienerinnen oder in Gasthäusern. Sie waren billige Arbeitskräfte, die die Löhne der Männer drückten. Bereits 1885 war in einer Gewerbenovelle das Fabrikarbeitsverbot für Kinder und das Nachtarbeitsverbot für Frauen und Jugendliche festgelegt worden, sowie ein 11-Stunden-Arbeitstag und die 24-stündige Sonntagsruhe. Nur zeigte ein 1910 durchgeführter Kontrollbericht, dass sich kaum ein Arbeitgeber daran gehalten hatte.

Niedrige Löhne und schlechte, kleine Wohnungen trugen zu einer Verelendung der Bevölkerung bei. Die Unzufriedenheit der Menschen wuchs und die Arbeiterschaft begann sich zu organisieren.

Viele Ottakringer hatten nur ein Bett gemietet

40 Prozent der Ottakringer Frauen waren berufstätig

Sozialdemokrat Schuhmeier forderte Ausbau der Fürsorge

Barackenlager Negerdörfel für Obdachlose

Die Ottakringer Arbeiterbewegung

Politische Vereine waren verboten und wurden von der Polizei verfolgt.

Franz Schuhmeier (1864 – 1913) gründete diverse Zirkel, getarnt als „Raucherklub“ (1886), Tanz- und Sportvereine oder Arbeiterbildungsvereine („Apollo“, 1889). Er arbeitete an der „Arbeiterzeitung“ mit und gab später die „Volkstribüne“ heraus.

Zur selben Zeit formierte sich, initiiert von Leopold Kunschak (1871 – 1953), im Gasthaus Kaiser in der Thaliastraße auch der christliche Arbeiterbildungsverein, aus dem später die Christlich-soziale Partei hervorging.

Am Silvestertag des Jahres 1888 gründete Viktor Adler (1852 – 1918) in Hainfeld die Sozialdemokratische Partei Österreichs, in der nun alle sozialistischen Arbeitervereine zusammengefasst wurden.

Diese trat am 1. Mai 1890 erstmals wirkungsvoll in der Öffentlichkeit auf.

Am Kongress der Sozialisten in Paris war der 1. Mai zum internationalen Kampftag für den 8-Stunden-Tag erklärt worden. Es wurde zu einem Generalstreik aufgerufen, der in den Industrieorten Österreichs lückenlos eingehalten wurde. Im Wiener Prater fand eine große Kundgebung statt, zu der über hunderttausend Sozialdemokraten in Demonstrationszügen aus ganz Wien kamen. Ottakring hatte den größten Zug.

Friedrich Engels (1820 – 1895) schrieb damals, dass der 1. Mai nirgends so imposant verlaufen sei wie in Österreich.

Mit den Wahlen im Mai 1890 gelang es den Sozialdemokraten zwei Mitglieder in den Gemeinderat zu bringen. Einer von ihnen war Franz Schuhmeier, der andere war Jakob Reumann (1853 – 1925).

Schon 1900 beim Parteitag der Sozialdemokraten in Graz forderte Schuhmeier den Bau von Wohnhäusern und Volksbädern sowie den Ausbau der Fürsorge. Gemeinsam mit dem Historiker und Universitätsprofessor Ludo Hartmann (1865 – 1924) baute er die erste Volkshochschule, das Ottakringer Volksheim, auf, an deren Veranstaltungen von 1895 bis 1905 100.000 Menschen teilnahmen, ein Drittel davon Arbeiter und Arbeiterinnen.

1905 wurde das Ottakringer Arbeiterheim in der Kreitnergasse 29-33 eröffnet. Es bestand neben einem großzügigen Theatersaal aus Gemeinschaftsräumen, einer Kantine und an die 40 Wohneinheiten. Die Ottakringer Brauerei hatte einen Kredit dafür bereitgestellt und im Gegenzug die Lizenz zur alleinigen Belieferung der Kantine erhalten.

Bei den Wahlen 1907 wurden die Sozialdemokraten die zweitstärkste Kraft im Parlament.

Auf Initiative von Franz Schuhmeier wurde 1910 die erste Kinderbibliothek gegründet.

Im Bereich Pfenninggeldgasse – Herbststraße – Gablenzgasse – Koppstraße wurde 1911 ein Barackendorf mit 128 Wohnungen für obdachlose Familien errichtet, das von den Ottakringern schnell den Namen „Negerdörfel“ erhielt. Ursprünglich sollte es nur bis 1928 stehen, doch wurden tatsächlich erst 1952 die letzten Familien dort ausgesiedelt und das Barackenlager geschliffen.

Alja Rachmanowa (1898 – 1991), die Autorin des Buches „Die Milchfrau von Ottakring“, das in den 30er Jahren zu einem Bestseller wurde, lebte nach ihrer Emigration aus der bolschewistischen Sowjetrepublik 1925 einige Monate mit ihrer Familie in diesem Asyl.

Im selben Jahr, am 17.9.1911, kam es in Wien zu einer großen Demonstration der Arbeiterschaft gegen die Teuerung der Grundnahrungsmittel. Bei dieser Demonstration kam es zu schweren Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei, die vom Militär unterstützt wurde. Am Nachmittag erreichten diese Unruhen ihren Höhepunkt in Ottakring. Das Militär erhielt vor dem Arbeiterheim in der Kreitnergasse Feuerbefehl und schoss in die Menge. Es gab viele Tote. Daraufhin eskalierte die Situation noch mehr und die Schlacht dauerte bis in die Nachtstunden und hatte große Zerstörungen zur Folge. So waren in Ottakring nahezu alle Straßenlaternen zerstört und viele öffentliche Einrichtungen, darunter zehn Volks- und Bürgerschulen, verwüstet.

Am 1. Februar 1913 wurde Franz Schuhmeier am Nordwestbahnhof von Paul Kunschak, dem Bruder des Christlichsozialen Politikers Leopold Kunschak, erschossen. Zu seinem Begräbnis kamen eine halbe Million Menschen, also praktisch jeder vierte Wiener. Sein Nachfolger wurde Albert Sever (1867 – 1942).

Sever hatte bereits die Wahlkreissteuer eingeführt, eine Parteienfinanzierung, mit der jedes Mitglied mit vier Kreuzern pro Woche seinen Beitrag leistete und als Quittung die „Volkstribüne“ erhielt. Die Hälfte des Erlöses erhielt die Zeitung, der Rest ging zu gleichen Teilen an den Bezirk und an die Partei.

Im November 1918 wurde die Republik Österreich ausgerufen. Im darauffolgenden Februar wurden die Sozialdemokraten zur stärksten Partei und bildeten mit den Christlichsozialen eine Koalitionsregierung. Auf Bundesebene war sie nur von kurzer Dauer. In Wien blieben die Sozialdemokraten bis 1934 Regierungspartei.



Wohnung eines Arbeitslosen zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Der 8-Stundentag, das Nachtarbeitsverbot für Frauen und ein rigoroses Kinderarbeitsverbot wurden durchgesetzt.

Als Albert Sever 1919 zum niederösterreichischen Landeshauptmann ernannt wurde - was auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass Wien damals noch zu Niederösterreich gehörte, setzte er mit der Einführung der sogenannten „Sever-Ehen“ einen von Kirche und Christlichsozialen stark bekämpften Schritt.

Zur damaligen Zeit war es zwar möglich eine Ehe von „Tisch und Bett“ zu trennen. Eine Wiederverheiratung solch Geschiedener war jedoch verboten. Die Zahl der „wilden“ Ehen stieg somit an und die Kinder aus diesen Ehen waren unehelich. Zwar gab es die Möglichkeit, mit Zustimmung der Kirche beim zuständigen Landeshauptmann um „Dispens“, also Befreiung vom Eheverbot anzusuchen, doch war dies teuer und konnte somit nur von Reichen in Anspruch genommen werden.

Sever vereinfachte die Zugangsbestimmungen, indem er die Befragung der Kirche einfach abschaffte und diesen Dispens ohne weitere Formalitäten und Kosten erteilte. Als am 1. Jänner 1922 die Trennung Wiens von Niederösterreich erfolgte, waren diese „Dispens- oder Severehen“ nur mehr in Wien möglich. 1934 wurden sie abgeschafft.

Viele „wilde“ Ehen,
viele unehelich
geborene Kinder

1913: Die erste Fürsorgestelle wird in Ottakring eingerichtet



Jugendamt Ottakring: ursprünglich Armenhaus

In Wien herrschte ab Beginn der 20er Jahre Aufbruchstimmung. Charles Gulick, ein Historiker der Zwischenkriegszeit, schrieb dazu:

„Die politische Situation in Österreich veranlasste die Sozialdemokraten, ihre Tätigkeit auf Wien zu konzentrieren, denn Wien allein hatte den politischen Willen sowie die finanziellen und gesetzgeberischen Möglichkeiten, die Fürsorgemaßnahmen durchzuführen, die der Partei am Herzen lagen.“

Das Jugendamt Ottakring, Arneithgasse 84

Das Gebäude, in dem heute noch das Jugendamt untergebracht ist, wurde 1882 von Anton Adolf Ritter von Zagorski (Baumeister und Bürgermeister von Ottakring) erbaut und diente ursprünglich als Armenhaus. Dieses Armenhaus für die Gemeinde Ottakring wurde 10 Jahre geplant, bis durch eine Spende von Prinz Moriz von Montleart-Sachsen-Curland der Bau möglich wurde.

In einem Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 1912 wurde festgelegt, dass ab 1. Jänner 1913 alle unehelich geborenen Kinder Ottakrings unter Berufsvormundschaft gestellt werden sollten. Dafür wurde eine eigene Fürsorgestelle eingerichtet, in der auch Pflegerinnen und ein Kinderarzt beschäftigt waren. Diese erste Fürsorgestelle, eine Vorläuferin des Bezirksjugendamtes, befand sich bereits in der Arneithgasse.

Vorgesehen war diese Berufsvormundschaft bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr eines Kindes. In dieser Zeit sollte der Berufsvormund die Basis für den Unterhalt des Kindes schaffen, in dem er den Vater ausfindig machte und ihn zu Unterhaltszahlungen verpflichtete. Die Pflegerinnen hatten in diesem Zeitraum einmal im Monat einen Hausbesuch durchzuführen, bei dem sie die

Mütter in der richtigen Pflege und Hygiene anleiteten. Weiters mussten sie durch Sammeln von Informationen, Beweisen und Zeugenaussagen dazu beitragen, den unterhaltspflichtigen Vater ausfindig zu machen.

Durchschnittlich fünf Mal im Jahr wurden die Kinder in der Fürsorgestelle vom Kinderarzt untersucht. Über Geburtsanzeigen, aber auch durch einen Verbindungsdienst zu Gebärkliniken suchten die Pflegerinnen die fürsorgebedürftigen Kinder heraus und nahmen Kontakt zu den Müttern auf. Der Vormund wurde bestellt und angelobt. Nach zwei Jahren sollte die Vormundschaft an einen Privatvormund abgetreten werden. Ausgenommen waren diejenigen Kinder, die gefährdet erschienen, bei denen der Unterhalt nicht gesichert war oder aber die Mutter nicht geeignet erschien, ohne Kontrolle und Anleitung ein gutes Gedeihen des Kindes sicherzustellen. Für diese Kinder konnte die Weiterbetreuung bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres festgelegt werden.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Bezirksarmeninstitut gab es die Möglichkeit von finanzieller Unterstützung in Form von Erziehungsbeiträgen, Waisengeld, Wochen- und Stillgeld (ein Monat vor bis drei Monate nach der Geburt). Auch war die Übernahme in „vollständige Obsorge der Gemeinde Wien“ möglich. Diese Kinder wurden bei Kostfamilien oder in Anstalten (den Begriff Heim führten erst die Nationalsozialisten ein) untergebracht.

In der Folge wurde dieses Modell auf den Gerichtssprengel Fünfhaus und ab 1914 auf den Bezirk Penzing ausgeweitet. Geplant war eine wienweite Schaffung solcher Fürsorgestellen, doch stoppte der Ausbruch des 1. Weltkrieges vorerst diese Entwicklung.

In den Kriegsjahren war die Hauptaufgabe der Pflegerinnen der Kampf gegen Hunger und Unterernährung. Nah-

runzungsmittel, von ausländischen Hilfsorganisationen gespendet, wurden verteilt. Ausspeisungen, z.B. die amerikanische Kinderausspeisung an Schulen, wurden eingerichtet. Kinder wurden ins Ausland, vor allem in die Schweiz, nach Italien und Bayern, zu Familien auf Erholung geschickt.

Die Bevölkerung war unterernährt, viele litten an Tuberkulose, Rachitis und Lues.



Pflegerin der Berufsvormundschaft

Exkurs: Die Entwicklung der Rechtsstellung unehelich geborener Kinder

Listenvormünder, Berufsvormundschaft, Generalvormundschaft

Um die Jahrhundertwende wurde in Ottakring jedes dritte Kind unehelich geboren. Der Anteil unehelicher Kinder von Fabrikarbeiterinnen lag bei 70 Prozent, von Dienstbotinnen sogar bei 96 Prozent.

Die hohe Zahl an unehelich geborenen Kindern und die damit verbundenen Probleme ihrer Vormundschaft bzw. ihrer wirtschaftlichen Absicherung und Versorgung machten eine Änderung des Umgangs damit notwendig.

Ursprünglich wurde immer das älteste, männliche Familienmitglied Vormund des unehelichen Kindes. Mit zunehmender Zahl derjenigen Kinder, für die sich jedoch innerhalb des Familienverbandes kein geeigneter Verwandter für diese Aufgabe fand, wurde dazu übergegangen, aus den jeweils aktuellen Wählerlisten Männer mit der Vormundschaft dieser Kinder zu betrauen. (Bis 1897 waren nur Privilegierte mit erhöhter Steuerleistung wahlberechtigt und erst 1907 wurde das allgemeine Wahlrecht vorerst für Männer eingeführt.) Diese sogenannten „Listenvormünder“ sahen diese Aufgabe jedoch eher als lästige Formsache an und erfüllten ihre Aufgabe nur widerwillig. Das materielle Überleben dieser Kinder war damit noch immer nicht gesichert, da sich die Listenvormünder nur um rechtliche Belange kümmerten, nicht jedoch darum, wie diese „Mündel“ tatsächlich materiell versorgt waren. Deshalb beschloss der Gemeinderat, Beamte mit diesen Vormundschaften zu betrauen.

Somit war das Berufsvormundswesen ins Leben gerufen. Diese Berufsvormünder, die den Unterhalt für jene Kinder sicherstellen sollten, mussten allerdings jeweils erst bestellt und angelobt werden – und bei ihrem Ausfall, z.B. durch Pensionierung, ihrer Funktion enthoben werden. Erst durch einen Gemeinderatsbeschluss

im Jahr 1922 wurde die Generalvormundschaft eingeführt. Mit dieser Neuerung übernahm das Bezirksjugendamt ex lege mit der Geburt eines unehelichen Neugeborenen die Vormundschaft und musste nicht erst dazu bestellt werden. Auch konnte das Jugendamt ab diesem Zeitpunkt ohne Einwilligung des Gerichtes Klage auf Anerkennung der Vaterschaft sowie Klage auf Unterhalt einbringen. Die Anerkennung der Vaterschaft vor dem Bezirksjugendamt wurde ebenfalls möglich.

1923 führte Stadtrat Tandler Zuschüsse für Mütter ein, um keine ungerechten Härten entstehen zu lassen, wenn die Unterhaltszahlungen nicht rechtzeitig eintrafen. Zwei Jahre später (1925) wurde das Bundesgesetz über den Schutz des gesetzlichen Unterhaltsanspruches verabschiedet. Es erleichterte die Eintreibung der von den Gerichten bemessenen Unterhaltsbeiträge von zahlungsunwilligen Vätern. Auch konnten Jugendliche unter „Erziehungsaufsicht“ gestellt oder eine anderwärtige Unterbringung, z.B. in einer „Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige“, veranlasst werden.

Erst das Jugendwohlfahrtsgesetz 1954 brachte die Möglichkeit, einen Einzelvormund für ein uneheliches Kind - auf dessen Antrag hin - zu bestellen, wenn dieser dem Wohl des Kindes besser entsprach, was glaubhaft zu machen nicht einfach war. Weiters wurde die Möglichkeit geschaffen, das Jugendamt auch nach Scheidungen mit der Einhebung des Unterhalts zu betrauen.

1970 wurde die Rechtsstellung des unehelichen Kindes neu festgelegt. Das Verfahren zur Feststellung der Vaterschaft wurde klar geregelt. Der Vater konnte dem unehelichen Kind nunmehr seinen Namen geben und das uneheliche Kind war, wenn auch eingeschränkt, erbberechtigt. Die Mutter eines unehelichen Kindes konnte ebenfalls ihren Namen geben und das uneheliche Kind war, wenn auch eingeschränkt, erbberechtigt.

lichen Kindes erhielt einen gesetzlichen Anspruch, selbst Vormund ihres Kindes zu werden.

Besuchten in den 50er und 60er Jahren die Fürsorgerinnen noch alle Familien von Erstgeborenen, so wurden in den späten 70er und 80er Jahren nur mehr Mütter von unehelichen Kindern durch einen Hausbesuch des Jugendamtes „kontrolliert“. Der Begriff „Kontrolle“ scheint mir wegen der gesellschaftlichen Veränderungen angebracht. So entschieden sich in den 70er Jahren durch zunehmende Emanzipation und wirtschaftliche Besserstellung immer mehr Frauen für ein Kind, aber gegen eine Eheschließung. Uneheliche Mutter zu sein war kein Pech oder Drama mehr, sondern eine selbstbewusste Entscheidung vieler Frauen.

Das Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 1989 brachte dann endlich den Durchbruch, dass volljährige Frauen ex lege die Vormundschaft für ihre Kinder innehatten. Es dauerte allerdings ein paar Jahre bis alle Behörden diesen Fortschritt zur Kenntnis genommen hatten. Ich erinnere mich noch gut daran, dass wir in den ersten Jahren nach Einführung dieser Gesetzesänderung häufig intervenieren mussten, da viele Stellen weiterhin einen Gerichtsbeschluss einsehen wollten, der die Vormundschaft der Mutter bestätigte.

Anzumerken ist noch, dass mit dem Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001 die „Vormundschaft“ allgemein in „Obsorge“ umbenannt wurde.



Werbeeinschaltung für die Berufsvormundschaft

Fürsorge im Roten Wien

Ausbaubeschluss 1917: Gründung des Wiener Jugendamtes

1917: Ausbaubeschluss der städtischen Jugendfürsorge

1916 wurde das städtische Jugendamt in der Zelinkagasse gegründet. Magistratsrat Josef Gold wurde der Leiter. Die zu diesem Zeitpunkt schon bestehenden Fürsorgestellen in einigen Bezirken Wiens wurden nun mit einer zentralen Leitung versehen.

Im April 1917 beschloss der Gemeinderat einen großzügigen Ausbau der städtischen Jugendfürsorge. Der Sozialdemokrat und spätere Wiener Bürgermeister Jakob Reumann begrüßte diesen Beschluss und sprach von einem „Ehrentag für die Gemeinde Wien“, denn seine Partei hatte aufgezeigt, dass „in den letzten 50 Jahren nichts für die Jugend geschehen“ war und vor allem der Staat zu wenig Unterstützung gewährt hatte.

Die Ausdehnung der Berufsvormundschaft auf alle Bezirke Wiens wurde fortgesetzt. Die Leitung der Bezirksjugendämter übernahmen Juristen, sogenannte „Jugendanwälte“. Von November 1918 bis Juli 1919 stieg die Zahl der „befürsorgten“ Familien von 7.400 auf 16.400.

Auf Grund des Ausbaubeschlusses mussten Pflegerinnen, die mittlerweile Fürsorgerinnen hießen, den zweijährigen Fachkurs für Jugendfürsorge absolvieren. 1919 wurde der Fachkurs in eine „Akademie für soziale Verwaltung“ umgewandelt und es wurden nur noch Absolventinnen der Mittelschule zugelassen.

Eine Vordenkerin war Ilse Arlt (1876 – 1960), eine Pionierin der Sozialarbeit, die schon 1910 bei einem internationalen Kongress für öffentliche Armenpflege und private Wohltätigkeit in Kopenhagen die Forderung nach einer fachlich fundierten Ausbildung vertrat. 1912 gründete sie die „Vereinigten Fachkurse für Volkspflege“ und damit eine der ersten Fürsorgeschulen Europas.

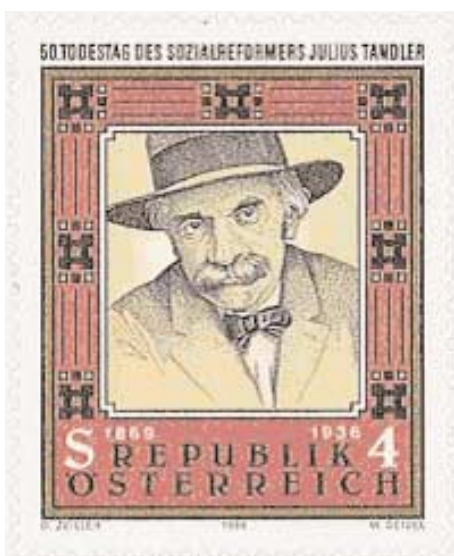
Sie vertrat den Standpunkt, dass die Fürsorge wissenschaftliche Eigenständigkeit besitzt, die von der Erforschung und Entwicklung gedeihfördernder und armutsverhindernder Kräfte ausgehe. Die von ihr gegründete Schule verstand sie nicht nur als Ausbildungsstätte, sondern auch als Forschungseinrichtung, welche die Grundlagenforschung für wichtige Aufgaben der Fürsorge und Sozialpolitik betreiben sollte. Unterstützt wurde sie in dieser Sichtweise von Professor Julius Tandler.

Professor Julius Tandler (1869 – 1936)

Tandler, in einfachen Verhältnissen aufgewachsen, hatte sich den Sozialdemokraten angeschlossen und wurde 1919 zum Gemeinderat gewählt. Schon seit 1910 war er Ordinarius für Anatomie an der Universität Wien. Von November 1920 bis September 1933 war er Amtsführender Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen im Roten Wien.

Einer seiner Grundsätze lautete: *„Die Gesellschaft ist verpflichtet, allen Hilfsbedürftigen Hilfe zu gewähren. Fürsorge bedeutet nichts anderes als die Erfüllung eines klaren, ethischen Vertrages innerhalb der Gesellschaft. Fürsorge erhebt den Befürsorgten durch Weckung und Stärkung seiner Verantwortlichkeit, wohingegen die Wohltat ihn herabsetzt und zum Bettler macht. Wir haben“* so Tandler weiter *„daran zu arbeiten, uns selber überflüssig zu machen. Erst mit dem Begräbnis des letzten Fürsorgers wird die Menschheit befreit sein.“*

Das war der Beginn, die alte individualistische Armenpflege endgültig zu verlassen und einer aus modernen Erkenntnissen des Gesellschaftslebens entspringenden neuen Auffassung von



Briefmarke zum 50. Todestag von Julius Tandler

Fürsorge zum Durchbruch zu verhelfen. Tandler weiter: *„Was wir auf Jugendhorte verwenden, ersparen wir an Gefängnissen. Was wir in der Schwangeren- und der Säuglingsfürsorge ausgeben, ersparen wir uns an Irrenanstalten.“*

Dieser Ausspruch macht eine Sichtweise Tandlers deutlich, die ihm heute Kritik einbringt. So teilte er, grob gesagt, die Fürsorgekosten in produktive und unproduktive Ausgaben. Zu den produktiven Ausgaben zählten jene der Jugendfürsorge, der medizinischen Überwachung und Beratung. Unproduktiv galten jene für Altersversorgung und „Irrenpflege“. Gut sei es dann, wenn die produktiven Ausgaben jene der unproduktiven weit übersteigen. Er vertrat den Standpunkt: *„Je größer die produktiven Ausgaben der Gegenwart sind, umso geringer werden die unproduktiven Ausgaben der Zukunft sein“.*

Die von ihm für die Wohlfahrt aufgestellten Leitsätze haben kaum an Aktualität eingebüßt:

- 1. Individualfürsorge kann rationell nur in Verbindung mit Familienfürsorge geleistet werden. Die Familie muss, wo es irgendwie möglich ist, in ihrem Bestand erhalten und gestützt werden*
- 2. Aufbauende Wohlfahrtspflege ist vorbeugende Fürsorge. Die vorbeugende Hilfeleistung ist die wertvollste Fürsorgearbeit*
- 3. Die Organisation der Wohlfahrtspflege muss in sich geschlossen sein. Wo die Not oder die Gefahr der Not aus mehrfachen Ursachen stammt, gilt es, statt zweckloser, ja schädlicher, zersplitterter Hilfsarbeit zusammenfassende gleichzeitige Fürsorge zu leisten*

Ziel der Jugendfürsorge im Roten Wien war es, durch sozialpolitische Maßnahmen den Auflösungserscheinungen

von Familien gezielt entgegenzuwirken. Kinder waren die Hoffnungsträger der Zukunft. Die Jugendfürsorge sollte die Probleme von der Wurzel her lösen.

Tandler zog eine klare Grenze zur karitativen, ehrenamtlichen Wohlfahrt, die nur individuell und sporadisch Hilfe leistete. Im Vordergrund stand, gegen die hohe Säuglingssterblichkeit anzukämpfen und Voraussetzungen für ein besseres Heranwachsen der Kinder zu schaffen. Die Maßnahmen sollten bereits vor der Geburt einsetzen, weshalb Schwangerenberatungsstellen geschaffen wurden. Um Doppelgleisigkeit zu verhindern, wurde die Vereinheitlichung der Fürsorge in eine umfassende Familienfürsorge propagiert. Tandler betonte, dass *„die Aufzucht“* eines Kindes innerhalb der Familie fast ausnahmslos günstiger ist als außerhalb derselben. Auch sollten Ärzte und Fürsorgerinnen eng zusammenarbeiten, um soziale und gesundheitliche Schäden in ihrer gefährlichen Wechselwirkung auszuschaalen.

Trotz der Inflation der Nachkriegszeit wurden für die politischen Schwerpunkte Fürsorge und Sozialer Wohnbau Geldmittel zur Verfügung gestellt. Unter Tandler als Wohlfahrts- und Hugo Breitner als Finanzstadtrat wurde die Wohnbausteuer und die Fürsorgeabgabe eingeführt. Sie betrug zwei Prozent der ausbezahlten Lohnsummen und war von den Unternehmern zu entrichten. Sie war eine ausdrückliche Lohnsteuer mit Widmung für die Fürsorge. 1923 machte das Fürsorgebudget ein Drittel des Gesamtbudgets aus.

Die Entwicklung im Sozialwesen ging Hand in Hand mit dem sozialen Wohnbau. In reger Bautätigkeit wurden Gemeindebauten, aber auch Schulen, Kindergärten, Heilanstalten, Schwangeren- und Mutterberatungsstellen, Sport-

Tandler:
vorbeugende
Hilfeleistung ist
die wertvollste
Fürsorgearbeit

Finanzstadtrat
Breitner führt
Fürsorgeabgabe
ein

Das Wäschepaket wurde bei einem Hausbesuch übergeben

anlagen und Freibäder, z.B. das Kongreßbad, gebaut. Tandler dazu: *„Die Menschen, die in unseren neuen Häusern wohnen, sind neue Menschen, leben und atmen nicht nur in neuen Räumen, sondern fühlen und denken auch anders“.*

Allein in Ottakring wurden zwischen 1922 und 1934 28 Gemeindebauten mit insgesamt 4.517 Wohnungen gebaut. In diesen Gemeindebauten gab es Gemeinschaftseinrichtungen wie Waschküchen und Büchereien. Es wurde Wert darauf gelegt, dass auch genügend Grünflächen zur Verfügung standen. Der Gemeindebau in Sandeilen hatte eine offene Bauweise mit vielen Grünanlagen und Freizeiteinrichtungen und war der größte seiner Art in Wien, größer noch als der Friedrich-Engels-Hof und der Karl-Marx-Hof.

Zum Vergleich dazu: zwischen 1934 und 1938 wurde in Ottakring lediglich ein Gemeindebau, ein sogenanntes Familienasyl in der Wiesberggasse 6b gebaut, die Wohnungen dort waren allerdings sehr klein und kaum ausgestattet. 1923 wohnten 155.599 Ottakringer in 2.970 Häusern. 1934 hatten 150.110 Ottakringer Wohnungen in insgesamt 3.424 Häusern, was deutlich macht, dass die Bewohnerzahlen der Häuser von durchschnittlich 52 auf 43 pro Haus gesunken war.

1927 wurde das erste Wäschepaket für alle neugeborenen Kinder eingeführt. *„Kein Wiener Kind darf auf Zeitungspapier geboren werden“*, war der Slogan dazu.

Da 1927 Wahljahr war, wurde das Wäschepaket von der Opposition abwertend *„Wahlwindeln“* genannt. Finanzstadtrat Breitner hatte die Pferderennsteuer eingeführt. Mit diesen Einnahmen wurde die Säuglingsausstattung für alle Wiener Kinder finanziert.

Anlässlich eines Hausbesuches wurde das Wäschepaket von der Fürsorgerin überreicht, somit konnten also alle Neugeborenen zumindest einmal in ihren familiären Verhältnissen wahrgenommen – oder überprüft werden, wogegen die Opposition wettete und von *„Spitzelei“* und Geldverschwendung sprach.

Im selben Jahr wurde im Schloss Wilhelminenberg das Kinderheim der Stadt Wien eröffnet. Hier sollte den ärmsten Kindern Wiens wenigstens der Grundstein für die Aussicht auf eine bessere Zukunft gelegt werden. Tandler nannte es das *„Zukunftsschloss“*. Es hatte 200 Plätze und war das wohl vornehmste Kinderheim der damaligen Zeit. Tandler in seiner Eröffnungsrede: *„Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder. Dieser Palast, für einzelne Auserwählte erbaut, wurde von der Gemeinde Wien erworben und*



Plakat zur Ankündigung des ersten Säuglingswäschepakets

den vielen hilfsbedürftigen Kindern dieser Stadt gewidmet."

Man vertrat die Ansicht, dass Kinder in einer schönen und wertvollen Umgebung besser gedeihen und heranwachsen könnten. *„Erziehung soll durch Liebe, Hingabe und Schönheit gewährleistet sein“*. Deshalb wurde, nachdem 1916 das Jugendamt die Führung der Kindergärten übernommen hatte, auf den kindergerechten und freundlichen Ausbau von Kindergärten großes Augenmerk gelegt. Auch in die Ausbildung der Kindergärtnerinnen flossen moderne pädagogische und entwicklungspsychologische Elemente ein. Der Ansatz Maria Montessoris *„Weckung des sozialen Fühlens und Handelns“* als Hauptaufgabe trat teilweise in den Vordergrund, war aber heiß umstritten und wurde heftig diskutiert.

1930 wurde der 100. Kindergarten Wiens in Sandliten – Ottakring eröffnet. Er war der bis dahin schönste und bestausgestattete, mit hellen Räumen, einer sonnigen Terrasse und einem großen Garten. Die Widmungstafel trug die Inschrift: *„Dem Kinde Schönheit und Freude – unauslöschbar haften Kindheitserlebnisse.“*

Die Bezirksjugendämter

1921 wurde in den Bezirksjugendämtern das sogenannte Sprengelsystem eingeführt, d.h. Bezirksteile wurden zu einem Sprengel zusammengefasst und von einer zuständigen „Hauptfürsorgerin“, heute Sozialarbeiterin, betreut. Ihre Aufgaben waren damals die Fürsorge für die Mündel des Amtes, die Überwachung der Ziehkinder (der städtischen Pflegekinder) und jener Jugendlichen, für die das Jugendgericht dem Jugendamt die Erziehungsaufsicht übertragen hatte. Sie musste bei Verdacht auf Kindesmisshandlung unverzüglich die nötigen Schritte setzen und die gesetzlichen Vertreter, die sich ratsuchend

an sie wandten, beratend unterstützen. Sprechstunden waren Montag bis Freitag von 8 bis 9 Uhr. In der übrigen Zeit war ein Auskunftsdienst eingerichtet, sodass Ratsuchende während der gesamten Dienstzeit beraten werden konnten.

Eine der wichtigsten Aufgaben war die Mitwirkung in der Mutterberatung. Bei Hausbesuchen hatte die Fürsorgerin die Anweisungen des Mutterberatungsarztes mit den Müttern zu besprechen, diese anzuleiten und zu überprüfen.

Die ersten Erziehungsberatungsstellen wurden eingeführt. Schon 1922 war die erste Eheberatungsstelle eröffnet worden. Zu dieser ersten Eheberatungsstelle Europas ist anzumerken, dass sie im damaligen Zeitgeist der Vererbungslehre und Eugenik eingerichtet wurde, um Ehemillige medizinisch zu beraten und somit zu verhindern, dass sich Erbkrankheiten weiterverbreiteten. Allerdings entwickelte sie sich eher zu einer Beratungsstelle für Eheprobleme und „Familienplanung“.

Aufgaben der Erziehungsfürsorge war es, in erster Linie die Familie zu unterstützen, dass sie fähig wurde, selbst die notwendige Erziehung der Kinder durchzuführen. Heilpädagogisch geschulte Erzieher, die auch in der 1925 eröffneten Kinderübernahmsstelle in der Lustkandlgasse tätig waren, führten unter anderem diese Beratungen durch.

Die Kinderübernahmsstelle galt als die vorbildlichste Einrichtung Europas und wurde „das Juwel der modernen Kinderfürsorge“ genannt. Mit der Errichtung dieser Kinderübernahmsstelle schaffte man einen Ort, an dem alle in Frage kommenden Kinder erfasst, ihre Fürsorgebedürftigkeit beurteilt und sie danach in Gemeindeanstalten, Privatanstalten oder bei Pflegefamilien untergebracht wurden. Einige wurden den Eltern auch zurückgegeben.



Das im Jahr 1927 eröffnete Kinderheim im Schloss Wilhelminenberg

Kinderübernahmsstelle:
„Juwel der modernen
Kinderfürsorge“

Hier wurden die Kinder von Ärzten und Psychologen beobachtet und in geistiger, gesundheitlicher, moralischer und sozialer Hinsicht beurteilt. Charlotte Bühler (1893 – 1974), damals schon eine bekannte Persönlichkeit, wurde von Tandler mit der Leitung der psychologischen Arbeit betraut. Nicht zuletzt durch diese Tätigkeit wurde sie zur Mitbegründerin der Wiener Schule der Kinderpsychologie.



Die Kinderübernahmsstelle kurz nach der Eröffnung

August Aichhorn (1878 – 1949) muss an dieser Stelle erwähnt werden. Er war ursprünglich Volksschullehrer und Direktor des Zentralvereins für Errichtung und Erhaltung von Knabenhorden. Diesen Verein hatten Lehrer gegründet, um der Ausbreitung von militärisch geführten Knabenhorden entgegenzuwirken. 1918 wurde Aichhorn mit der Organisation und Leitung von Ferienerholungen für Schulkinder betraut, danach erhielt er den Auftrag, im ehemaligen Flüchtlingslager Oberhollabrunn eine Fürsorgeerziehungsanstalt

aufzubauen. Er entwickelte großes Interesse für das Phänomen der Verwahrlosung und fand in der Psychoanalyse Freuds den theoretischen Hintergrund. Mit diesem Ansatz veränderte er die bis dahin prügelnde und wegsperrende Anstaltserziehung zu einer von Achtung, Güte und Milde getragenen. 1925 schrieb er mit „Verwahrloste Jugend – Die Psychoanalyse in der Fürsorgeerziehung“ ein auch international hoch anerkanntes Buch, das die Pädagogik und Heimerziehung nachhaltig prägte und veränderte.

Die Erziehungsanstalt Eggenburg, Tandlers „Lieblingskind“, ist ein gutes Beispiel für diese Entwicklung. Als die Erziehungsanstalt von der Gemeinde Wien übernommen wurde, glich sie einer Kaserne, in der die Erzieher mit Stock und Pistole Dienst machten. Durch Reformierung und Umgestaltung wurde sie unter der pädagogischen Leitung des Heilpädagogen Franz Winkelmayr eine moderne Anstalt mit angeschlossener Ausbildungsmöglichkeit zu Bäcker, Schlosser, Buchbinder. Die Gruppen waren zum Teil selbstverwaltet, und eine eigene von den Jugendlichen gestaltete Zeitung sollte die Mit- und Selbstgestaltungsmöglichkeiten der Jugendlichen fördern.

Aichhorn arbeitete später als Erziehungsberater in diversen Wiener Bezirksjugendämtern. In einem wurde in Zusammenarbeit mit ihm eine „Kinderstube“ eingerichtet, wo an zwei Nachmittagen pro Woche Kinder mit besonderen Schwierigkeiten, deren Ursachen auch durch mehrmalige Vorstellung in der Erziehungsberatung nicht gefunden werden konnten, von Fürsorgerinnen an Hand diverser Spielangebote beobachtet und betreut. Diese intensive Betreuung half oft mit, diesen Kindern die Unterbringung in einer Erziehungsanstalt zu ersparen. Einige Jahrzehnte später sollte diese Art von Angebot in

vielen Varianten als „Soziale Gruppenarbeit“ in größerem Umfang praktiziert werden.

Das Frauenbild in der Fürsorge

Durch den 1. Weltkrieg und die Inflation der Nachkriegszeit lag eine hohe Belastung auf den Familien, in denen der Vater oft fehlte bzw. durch die Kriegseignisse traumatisiert oder arbeitslos war. Die volle Verantwortung ruhte dann auf den Frauen. Die Frau als Mutter wurde propagiert. Gleichzeitig waren die Frauen aber zumeist auch die alleinigen Familienerhalterinnen. Ab 1930 wurden sogenannte Mütterkurse angeboten, in denen Frauen ab 18 Jahren an zwei Stunden pro Woche in drei Monaten zum Muttersein erzogen werden sollten.

Therese Schlesinger (1863 – 1940) war eine Wiener Sozialdemokratin, Frauenrechtlerin und Schriftstellerin, die ab 1920 eine der ersten Frauen im Nationalrat und später im Bundesrat war und sich vehement für die Gleichstellung, besonders aber für freien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen für Frauen, einsetzte. Sie und Ilse Arlt stimmten überein, dass den Frauen eine Intensivierung der weiblichen Hausarbeit nähergebracht werden sollte. Gleichzeitig sollte eine höhere Akzeptanz und Anerkennung von Hausarbeit und Mutterschaft in der Gesellschaft geschaffen werden. Die Frauen sollten kochen und selber nähen, zum Stillen ihrer Kinder angehalten werden, und die Fürsorgerinnen sollten bei ihren Hausbesuchen quasi als Erzieherinnen der Frauen wirken. Die Anweisungen in Pflege, Hygiene und Erziehung sollten das Niveau in Arbeiterfamilien erhöhen und den Mann „domestizieren“.

Therese Schlesinger schrieb in „Wie will und soll das Proletariat seine Kinder

erziehen“ unter anderem: *„Nur zu oft lernt der von der Arbeit heimgekehrte Vater in all dem Durcheinander von unbewältigter Hausarbeit, verfehlten Erziehungsmaßnahmen, Verdruß und Aufregung fast nur die Schattenseiten des Familienlebens kennen und entzieht sich diesem so oft er nur kann“*

Emanuela Kielmansegg, eine Hauptfürsorgerin der Gemeinde Wien, schrieb 1933 in „Die Bedeutung der guten Lebensart für die Volkspflege“, vermutlich ihrer Abschlussarbeit an der Arlt-Schule: *„Die Frau hätte überhaupt die allergrößte Aufgabe bei der Erziehung zur guten Lebensart (...) es liegt an ihr, den Ton im Haus zu bestimmen, die Kinder, namentlich die Kleinen, mit denen sie viel mehr als der Vater beisammen ist, durch Beispiel und erklärende Worte zu erziehen. Auch im geselligen Verkehr ist sie bestimmend. Männer sind im Verkehr stets nur so ungezogen, wie es die Frauen, mit denen sie verkehren, erlauben.“*

Es ist kaum vorstellbar, dass für die „befürsorgten“ Familien – und da besonders die Frauen – diese Kontakte zur „lehrenden und erziehenden“ Fürsorgerin, die regelmäßig kontrollierend und anleitend zum Hausbesuch erschien, positiv waren. Auch wenn man bedenkt, dass die Fürsorgerinnen ja allesamt aus bürgerlichen Familien kamen, da nur diese Familien ihren Töchtern jene lange Ausbildung finanzieren konnten, kann man sich vorstellen, dass es für diese Fürsorgerinnen nicht so einfach gewesen sein kann, die Umstände dieser von ihr betreuten Familien nachzuvollziehen. Warum sonst hätte Ilse Arlt in ihrem Lehrbuch die Selbstreflexion von Seiten der Fürsorgerin als Voraussetzung erfolgreicher Arbeit betont.

In diesem Lehrbuch „Grundlagen der Fürsorge“ schrieb sie: *„Der Fürsorger (!) muss sich von den herrschenden Ansichten freimachen und sich darüber klar sein, inwiefern seine Zugehörigkeit*

Fürsorgerinnen sollten Frauen „erziehen“

Die Fürsorgerinnen kamen aus bürgerlichen Familien

Die ersten Fürsorgerinnen sollten ehe- und kinderlos sein

zu einer anderen Bevölkerungsschicht ihm das Erkennen der Persönlichkeit erschwert.“ Und weiter: „Beanstanden die einen alles, was hinter ihrem Gewohnten zurückbleibt, die anderen finden, da ja die Armen nichts anderes gewohnt sind, jedes Ausmaß an Entbehrung tragbar“.

Die Fürsorgerin wurde als eine Art gute Mutter gesehen und sollte ihre Fähigkeiten und ihr Wissen an die Frauen weitergeben. Es manifestierte sich der Fürsorgeberberuf immer klarer als Frauenberuf heraus. Tandler fand, dass Frauen eher „geeignet sind, sich in fremde Verhältnisse und Seelenzustände hineinzu fühlen“.

Der erste Jugendamtsleiter, Magistratsrat Josef Gold, ging sogar soweit, dass er forderte, dass Fürsorgerinnen nur ehe- und kinderlos sein durften. Im Gemeinderatsbeschluss des Jahres

1917 über die Anstellungserfordernisse von Fürsorgerinnen hieß es dann auch: „Von der Aufnahme ausgeschlossen sind solche Bewerberinnen, denen eine gesetzliche Pflicht persönlicher Ob- sorge für die eigene Familie (Gatte und Kinder) obliegt. Der Eintritt einer sol- chen Sorgspflicht während der Dienst- zeit (durch Verehelichung, Eintritt einer Schwangerschaft) hat die Auflösung des Dienstverhältnisses mit Wirkung einer Dienstentsagung zur Folge“.

Eine Forderung, die mit zunehmender Zahl an notwendigem Personal nicht mehr aufrecht zu halten war und bereits 1919 wieder außer Kraft trat. Gab es 1918 91 Fürsorgerinnenposten, so waren es 1931 bereits 278. In 13 Jah- ren hatte sich die Zahl also verdreifacht.

Aus Mangel an ausgebildeten Fürsor- gerinnen wurden ab 1926 zusätzlich „Hilfsfürsorgerinnen“ angestellt. Diese mussten mindestens die „Bürgerschule“ (Hauptschule) besucht haben und in den ersten fünf Jahren ihrer Tätig- keit am Jugendamt den zweijährigen theo- retisch-praktischen Fürsorgerinnenkurs an der städtischen Akademie für so- ziale Verwaltung absolvieren.

Diese Posten wurden allerdings auch deshalb geschaffen, da es im Laufe der Jahre zu kontroversiellen Sichtweisen zwischen Stadtrat Tandler und den damals noch überwiegend an der Arlt- Schule ausgebildeten Fürsorgerinnen gekommen war. Tandler, der in erster Linie Sozialmediziner war, sah in den Fürsorgerinnen immer mehr „Gemein- deschwestern“, also Hilfskräfte der Ärzte. Für die Arlt-Schülerinnen, die auch abschätzend „Hofratstöchter“ genannt wurden, war dies nicht akzep- tabel. Sie sahen sich als eigenständige Berufsgruppe und nicht als Helfer- innen der Ärzte oder „Erfüllungsgehil- fen der Verwaltung“. Sie lagen damit auf gleicher Linie mit den Kolleginnen, die



Informationsbroschüre über den Beruf der Fürsorgerin

in Berlin von Alice Salomon und in New York von Mary Richmond ausgebildet wurden und die alle das Selbstbewusstsein hatten, Angehörige einer eigenständigen Berufsgruppe zu sein.

„Verwahrlosung“ als Kampfbegriff der Fürsorge

Der Ausbau an Dienstposten war einerseits im Sinne des Fürsorgeprogramms im Roten Wien, andererseits war er auch notwendig geworden, da der flächendeckende Ausbau der Bezirksjugendämter rasch voranschritt und immer mehr Aufgabenbereiche zu den Agenden des Jugendamtes hinzukamen.

Die Einführung der Schulfürsorge im Jahr 1921 war eine dieser neuen Aufgaben und ging Hand in Hand mit dem Ausbau des schulärztlichen Dienstes. Die Fürsorgerinnen des Jugendamtes nahmen einen Verbindungsdienst zu allen Volks- und Bürgerschulen des Bezirks auf, um so mit Hilfe von Lehrern und Schulärzten fürsorgebedürftige Kinder zu erfassen. Tandler sah darin auch die Möglichkeit, die Kinder selber zu Multiplikatoren des Fürsorgegedankens und damit zu „Erziehern“ ihrer Eltern zu machen.

In der Zusammenarbeit mit dem Schularzt ermittelte die Fürsorgerin jene Kinder, deren gesundheitlicher oder hygienischer Zustand auf Mängel in der Pflege und Versorgung hinwies. Lehrer und Schulleiter nannten ihr Kinder, bei denen das Sozialverhalten oder andere Auffälligkeiten auf ungünstige häusliche Verhältnisse schließen ließ. Auch in Fällen von Kindesmisshandlung oder Anzeichen in diese Richtung erwies sich der Schulverbindungsdienst als hilfreich, da die Fürsorgerin in der Schule die Möglichkeit hatte, mit dem Kind alleine zu reden und somit eine Vorabklärung vorzunehmen, um danach die Eltern zu kontaktieren.

Bei Kindesmisshandlung, aber auch bei sonst ungünstiger Erziehungssituation wurde in den 20er Jahren zum Mittel der Kindesabnahme, dem wohl unbeliebtesten Aufgabenbereich des Jugendamtes, gegriffen. Wurden bis dahin hauptsächlich Waisenkinder in Heimen untergebracht, so entwickelte sich nun die Form der Heim- bzw. Fürsorgeerziehung wegen Vernachlässigung, Verwahrlosung und Misshandlung. Diese Entwicklung blieb nicht unumstritten und hatte Gegner und Befürworter. Therese Schlesinger plädierte für verschärfte Kontrollen der familiären Verhältnisse, damit die Fürsorge nicht erfolglos bliebe und für den Ausbau des dafür nötigen Apparates, um jene Kinder die, wie sie schrieb, *„nicht nur durch die Härte der besitzenden Klasse, sondern mehr noch unter der Rohheit ihrer Angehörigen leiden“* in jenen Anstalten unterzubringen und zu erziehen.

„Mangelhafte hygienische und körperliche Pflege“, sowie „sittliche moralische Mängel“ wurden von den Fürsorgerinnen zu Abnahmegründen erklärt und in dem Terminus „Verwahrlosung“ zusammengefasst. Selbstverständlich betraf dies ausschließlich nur Familien der unteren sozialen Schichten, denn selbst wenn auch in bürgerlichen Kreisen Mängel bei der Versorgung und Erziehung erkannt und von Therese Schlesinger auch thematisiert wurden, so zählten diese Schichten nicht zum Klientel der Fürsorge.

„Verwahrlosung“ wurde der Kampfbegriff der Fürsorge und umfasste auch andere Auffälligkeiten, wie Neigung zur Kriminalität und Schwererziehbarkeit. Wobei zum Beispiel bei Neigung zur Kriminalität kaum unterschieden wurde, ob es sich um Diebstahl von Essbarem aus lauter Not und Hunger oder um andere Delikte, die vielleicht tatsächlich auf eine delinquente Neigung

Zunehmend
Kindesabnahmen
wegen
Vernachlässigung,
Verwahrlosung und
Misshandlung

Nur die unteren
sozialen
Schichten
zählten zum
Klientel der
Fürsorge

1925: über 6.000 Kinder wurden in einem Jahr abgenommen

hinwiesen, handelte. Laut Statistik wurden im Jahr 1925, dem Eröffnungsjahr der Kinderübernahmestelle, 6.229 Kinder ihren Familien abgenommen. Das waren über fünfhundert Kinder pro Monat! Im Jahr 1932 wurde die Übernahme des Fünfundzwanzigtausendsten Kindes „gefeiert“.

Johann Gross erzählt in seinem Buch „Spiegelgrund – Leben in NS- Erziehungsanstalten“, wie er 1931 vom Jugendamt abgenommen wurde:

„Im Akt vom Jugendamt steht in schön geschriebenem Amtsdeutsch:

15. Februar 1931: Sittliche und gesundheitliche Gefährdung, wirtschaftliche Notlage, Mutter verließ die gemeinsame Wohnung und ist derzeit unbekanntem Aufenthalts, Kindesvater Krüppel! (.....) Viele Jahre später erfuhr ich, dass meine Mutter mit mir auf dem Arm betteln gegangen war und später auch mein Vater. Auf der Erdbergerstraße war ein sogenannter Branntweiner und dort haben andere Arbeitslose des Öfteren ein paar Groschen zusammen gesammelt und mir ein Flascherl mit warmer Milch zubereitet. Ich kam jedenfalls im Februar 1931 in die Kinderübernahmestelle der Stadt Wien und danach auf verschiedene Pflegeplätze.“

Ilse Arlt war, im Gegensatz zu Therese Schlesinger, eine strikte Gegnerin der Kindesabnahme. Sie vertrat den Standpunkt, dass nur die Bekämpfung der Ursachen innerhalb der Familie wirklich sinnvoll und erfolgversprechend sei. Im Zentrum jeglicher Form der Fürsorge sollten die menschlichen Bedürfnisse und deren Befriedigung stehen. Es sollte dabei jedoch berücksichtigt werden, dass diese Bedürfnisse je nach Alter, Geschlecht und individueller Lebenssituation unterschiedlich sind und die Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Schicht zwar eine Rolle spiele, aber nicht stigmatisieren dürfe.

Dafür führte sie für die Fürsorgebeurteilung den Begriff der „tiefsten geduldeten Entbehrung“ ein und sie stellte eine Tabelle für die „Mindesterfordernisse der Bedürfnisbefriedigung“ auf. Sie forderte eine Art „Volkspflege“, die jedem Mitglied der Gesellschaft zur richtigen Lebensgestaltung verhelfen sollte. In ihren Augen war die Stützung und Unterstützung der Frauen und Mütter die wichtigste Aufgabe. Für Kinder berufstätiger Frauen sollten genügend gute Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen, damit die Kinder nicht sich selbst oder der Aufsicht ihrer älteren Geschwister oder irgendwelchen ungeeigneten Nachbarn überlassen werden mussten. Auch sie sah in der Berufstätigkeit der Frauen ein Problem, jedoch wollte sie die Frauen nicht zurück an den Herd drängen, sondern die Gesellschaft zur Anerkennung dieser Berufstätigkeit und die politisch Verantwortlichen zur Unterstützung dieser Frauen bewegen.

Mutet aus heutiger Sicht der Anblick der in der Arlt-Sammlung der Akademie für Sozialarbeit erhaltenen Lehrmaterialien, z.B. Kochrezepte und gestrickte Musterkleidung für Kleinkinder in halber Größe, auch befremdend an und lässt auf eine Ausbildung für höhere Töchter, die sie ja tatsächlich auch war, schließen, so waren Ideologie und Selbstverständnis des Berufsbildes, das den Arlt-Schülerinnen vermittelt wurde, sehr eigenständig und selbstbewusst. Ilse Arlt unterschied sich in berufsspezifischen Sichtweisen auch von Tandler und Schlesinger und ist damit, wenn auch heute kaum mehr beachtet, tatsächlich als eine Pionierin der Sozialarbeit zu sehen.

Das Ende einer großen Ära

Die angespannte politische Situation war geprägt von Inflation und Armut.

Ilse Arlt trat für Ursachenbekämpfung ein

Es hatte sich die faschistische „Heimwehr“ gebildet. Die Sozialdemokraten stellten ihr den „Republikanischen Schutzbund“ gegenüber. 1927 kam es nach dem Urteil von Schattendorf, bei dem Mitglieder der Heimwehr, die drei Sozialdemokraten erschossen hatten, freigesprochen wurden, zu Ausschreitungen und zum Brand des Justizpalastes.

Die Arbeitslosigkeit war eines der größten Probleme dieser Zeit. Allein in Ottakring waren 1930 über dreißigtausend Menschen ohne Arbeit.

Bei den Gemeinderatswahlen 1932 zogen die Nationalsozialisten mit 15 Mandaten in den Gemeinderat ein. Ab diesem Zeitpunkt verschärfte und radikalisierte sich das politische Klima immer mehr. Am 4. März 1933 nützte der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß einen Formfehler und stellte das Parlament außer Dienst. Somit war Österreich ein autoritärer Ständestaat.

Im Februar 1934 kam es zur Katastrophe. Die Polizei und die Heimwehr wollten den Schutzbund entwaffnen. Bei heftigen Gefechten wurden viele Menschen getötet.

Das Ottakringer Arbeiterheim wurde mit Artillerie beschossen. In den Trümmern fand Ida Sever, die Frau von Albert Sever, den Tod. Albert Sever wurde verhaftet und nur nach großem Drängen durfte er am Begräbnis seiner Frau teilnehmen. Er wurde in die Psychiatrie eingewiesen und danach unter Kontrolle gestellt. Er starb am 12. Februar 1942, dem Todestag seiner Frau. Seine persönlichen Aufzeichnungen wurden 1956 von Adolf Schärf veröffentlicht. Mit diesen Februarkämpfen, die in Floridsdorf bis zum 15. Februar 1934 andauerten, begann eines der traurigsten Kapitel der österreichischen Geschichte.

Die Bundesregierung beschloss am 12. Februar 1934 die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und erließ ein Betätigungsverbot. Der Wiener Gemein-

derat und Landtag wurden aufgelöst. Bürgermeister Seitz und viele andere Funktionäre wurden verhaftet. Einigen gelang die Flucht.

Julius Tandler weilte zu diesem Zeitpunkt in China – er hatte sich einige Zeit davor von seinen Ämtern beurlauben lassen und einen Lehrvertrag in Shanghai angenommen. Als er von den Ereignissen erfuhr, kehrte er aus Solidarität umgehend nach Wien zurück und wurde sofort nach seiner Ankunft verhaftet. Als Stadtrat war er bereits abgesetzt, als Ordinarius am Anatomischen Institut wurde er zwangspensioniert. Er starb am 25. August 1936 in Moskau, wo er als Berater und Lehrbeauftragter seine letzten Lebensmonate verbracht hatte.

Arbeitslosigkeit war größtes Problem

Autoritärer Ständestaat und Anschluss an Hitler-Deutschland

Ständestaat:
die Entwicklung
im sozialen
Bereich stagniert

Wohlfahrt sollte
mehr der privaten
Vereinstätigkeit
überlassen werden

Die Vaterländische Front

Am 1. April 1934 trat in Wien eine neue ständisch-autoritäre Verfassung in Kraft. Bis April wurden 2.133 Personen verhaftet, die in Zusammenhang mit den Februarunruhen gebracht wurden. In den folgenden Monaten nahmen die Terrorattentate von Nationalsozialisten drastisch zu. Bei einem Putschversuch der Nationalsozialisten am 25. Juli 1934 wurde Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet. Kurt Schuschnigg wurde sein Nachfolger. Die Nationalsozialisten mussten vorerst kapitulieren und agierten ab da sehr aktiv im Untergrund.

Unter Tandler hatte sich ein Fürsorgesystem entwickelt, das sich klar von „Wohltäterei“ und „Nächstenliebe“ abgrenzte. Man sprach von „Pflicht der Gesellschaft“, „Recht auf Fürsorge“ und „Verantwortungspflicht“. Während des autoritären Ständestaates stagnierte jegliche Entwicklung im sozialen Bereich.

Die christliche Nächstenliebe wurde zum Grundsatz der Wohlfahrt erklärt. Religiöse und patriotische Sichtweisen traten in den Vordergrund. Zentrales Thema der Wohlfahrt waren der Familienschutz und die Familienfürsorge. Geburtenrückgang, Verelendung und Zerfall von Familien und ungeordnete Lebensverhältnisse waren Probleme, wogegen Maßnahmen ergriffen wurden.

Die Verfassung des Ständestaates sah keine eindeutige Regelung der Fürsorge mehr vor. Im Lehrplan des vom „Mutter-schutzwerk der vaterländischen Front“ abgehaltenen Lehrgangs für Lehrerinnen an Mütterschulen wurden „die körperlichen sowie die hohen geistlichen Aufgaben der Frau in Familie und Volk“ beleuchtet.

Ziel im Ständestaat war es, die Wohlfahrt wieder verstärkt der privaten – und da vor allem der katholischen –

Vereinstätigkeit zu überlassen. Dies sollte mithelfen, die Verwaltungskosten zu senken und Fürsorgemittel zweckmäßig im Sinne des Ständestaates einzusetzen.

Statt Gemeindebauten wurden „Familienasyle“ gebaut, die mit kleinen, schlecht ausgestatteten Wohneinheiten versehen waren. Jedem Asyl war eine Fürsorgerin, ein Arzt und ein Seelsorger zugeteilt, deren Auftrag die „Erziehung zur gesunden Familie“ war.

In eigenen Katastern wurden Informationen über kinderreiche Familien gesammelt.

Die Eheberatung, die kurzfristig geschlossen war, wurde unter neuer Leitung und in Zusammenarbeit mit dem „Mutterschutzwerk der vaterländischen Front“ mit einem neuen Schwerpunkt wieder eröffnet. Aufgaben waren jetzt die

- erbbiologische und gesundheitliche Ehetauglichkeitsprüfung sowie
- Eheanbahnung für die „eherebereite Jugend“ auf religiöser Grundlage.

Das Wäschepaket wurde nur noch an bedürftige Mütter ausgegeben. Die Aufgabe der Jugendfürsorge war die „sittlich-religiöse Erziehung“.

Hilfebedürftige, die Unterstützung erhielten, bekamen ein „Fürsorgebuch“, um Missbrauch auszuschließen.

Das Kinderheim im Schloss Wilhelminenberg wurde geschlossen und die Sängerknaben wurden dort untergebracht. Während der Nazizeit wurde es dann zur Kaderschule und zum Erholungsheim für hohe SS-Mitglieder umfunktioniert.

Es kam zu politisch motivierten personellen Veränderungen in Bereichen des Fürsorgewesens und der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen.

Es blühte bereits der Geist der NSDAP. In Deutschland hatten die Nationalsozialisten schon 1920 ihr „ewiges und

unveränderbares" Programm formuliert. Es umfasste 25 Punkte und war in seinen antisemitischen und rassistischen Fragmenten von brutaler Deutlichkeit. So bezog sich Punkt 21 auf die „Hebung der Volksgesundheit" und „die Reinigung des Deutschen Volkskörpers". Fünf Jahre später schrieb Hitler in „Mein Kampf" konkret, dass der Staat die Aufgabe hätte, dafür zu sorgen, dass nur gesunde und rassistisch wertvolle Kinder gezeugt werden sollten, wohingegen erblich Belasteten und rassistisch Minderwertigen die Fortpflanzung verweigert werden sollte. Die NSDAP rechnete vor, dass ein gesundes Schulkind dem Staat nur 150 Reichsmark (RM) kostete, ein Heimkind jedoch 900 RM. Einige Heil- und Pflegeanstalten in Deutschland führten schon 1933 Sterilisationen gegen den Willen der Betroffenen durch. Bereits 1935 deutete Hitler an, dass er beabsichtige unheilbar Geisteskranke beseitigen zu lassen. Dazu zählte er alle, die in irgendeiner Form vom damaligen Verständnis von Normalität abwichen, auch Prostituierte, Alkoholiker und Kriminelle. Wirtschaftlich erholte sich Österreich etwas. Durch Großprojekte wie den Bau der Glockner-Hochalpenstraße, der Wiener Höhenstraße und der Reichsbrücke sanken die Arbeitslosenzahlen leicht. Der Einfluss der Nationalsozialisten wurde aber immer stärker und auch Hitler verstärkte den Druck aus Deutschland, dem Kanzler Schuschnigg nicht standhalten konnte und schließlich Arthur Seyss-Inquart, einen Nationalsozialisten, zum Innenminister ernannte. Seyss-Inquart hatte in dieser Funktion den Oberbefehl über die Polizei. Schuschnigg versuchte noch – mit Hilfe einer Volksbefragung, die er für den 13. März 1938 ankündigte – das Ruder herumzureißen, doch drohte Hitler mit einem gewaltsamen Einmarsch, falls die Volksabstimmung nicht abgesagt werde. Am Abend des 11. März trat Bundes-

kanzler Schuschnigg zurück. Um Mitternacht ernannte Bundespräsident Miklas Seyss-Inquart zum neuen Bundeskanzler.

Am 12. März 1938 begann der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Politik wurden sofort nach dem Einmarsch verhaftet oder begingen Selbstmord, um der bevorstehenden Abschiebung in ein Konzentrationslager zu entgehen.

In den folgenden Tagen wurden Beamte, Polizei und Heer auf die neue Führung eingeschworen. Der „Bayrische Hilfszug" verteilte in den Arbeiterbezirken gratis Kartoffelgulasch. Die ersten „Kraft durch Freude"-Züge brachten Arbeiter zur Erholung nach Deutschland.

Als erste Maßnahme mussten alle Beamte einen Ariernachweis vorlegen. Juden und Mischlinge wurden außer Dienst gestellt. Aber auch ideologische Gründe zählten zur Außerdienststellung.

„Wohlfahrt" im NS-Staat

Fürsorge und Wohlfahrt hatten in der Ideologie des NS-Staates keinen hohen Stellenwert. „Der gesunde deutsche Mensch braucht sie nicht, ein anderer ist ihrer nicht wert," war der Standpunkt. Fürsorgerinnen, jetzt Volkspflegerinnen genannt, wurden zum Kontroll- und Vollzugsorgan des Staates. Bei der Auswahl des Personals spielte daher auch Neigung und Können keine Rolle mehr. Vielmehr zählte die politische Gesinnung und Verlässlichkeit.

Um die Bevölkerung besser überwachen zu können, schuf die NSDAP eine eigene Wohlfahrtsorganisation, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), und strebte die Umgestaltung des gesamten Wohlfahrtssystems an. So war die neue Zielsetzung darauf ausgerich-

1938: Einmarsch deutscher Truppen, Beamte mussten Ariernachweise vorlegen

Fürsorgewesen

Allgemeine Fürsorge Grundsätze über die Auffassung und Durchführung der Fürsorge

Die Eingliederung der Ostmark in das Deutsche Reich
bedeutete für die Fürsorgetätigkeit der Stadt Wien eine
bedeutende und tiefgreifende Wende, die nicht nur die
Einführung eines neuen materiellen Fürsorgerechts be-
trifft, sondern – und das ist das Wesentliche – eine neue ge-
sellschaftliche Einstellung schuf, die in dem nationalsozialistischen
Gedanken der Volksgemeinschaft wurzelt.

Auszug aus dem Verwaltungsbericht der
Stadt Wien 1938

NS-Fürsorge lehnte Unterstützung „Minderwertiger“ und „Asozialer“ ab

Erziehung zum „tüchtigen deutschen Menschen, der rassebewusst in Blut und Boden wurzelt“

tet, nicht länger zugunsten des Einzelnen, sondern für die Volksgemeinschaft zu handeln. Unterstützung wurde nicht mehr nach Bedürftigkeit, sondern nach der Leistung des Betroffenen für die Volksgemeinschaft, gewährt. Auch erfolgte sie nur dann, wenn Leistungen für die Volksgemeinschaft mit erhöhter Belastung verbunden waren, z.B. Unterstützung für Familien, deren Ernährer bei der Wehrmacht war. Die Finanzierung erfolgte durch Spendensammlungen. Die Spenden waren verpflichtend (z.B. das Winterhilfswerk). Gleichzeitig wurde zur Gleichschaltung und Kontrolle aller Organisationen der freien Wohlfahrt die NSV mit der Leitung dieser Aktivitäten betraut.

Schwerpunkte der Wohlfahrt waren eindeutig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, diese erfolgte sehr gezielt durch Aufrüstung, Ausschaltung der Gewerkschaften, Beschränkung des Doppelverdienertums und Einführung des Reichsarbeitsdienstes sowie durch die „Erb- und Rassenpflege“. Die NS – Wohlfahrtspolitik lehnte die Fürsorge und Unterstützung „Minderwertiger und Asozialer“ strikt ab, weshalb kranke und behinderte Menschen nicht mehr befürsorgt und in den späteren Auswüchsen sogar ermordet wurden.

Das Jugendamt wurde in „Gaujugendamt“ umbenannt und die Eheberatungsstelle kam in der „Rassen- und Erbpflege“ zum Einsatz. Die Juristen, die bisher die Bezirksjugendämter geleitet hatten, wurden abgezogen. Vormünder wurden mit der Leitung betraut. Fürsorgerinnen mit Spezialaufgaben erhielten die Bezeichnung „Organisationsfürsorgerin“, „Fachfürsorgerin für Erziehungsberatung“ und „Funktionsfürsorgerin“.

Die bisher bestehende Akademie und die Arlt-Schule wurden geschlossen und

„die Soziale Frauenschule der Stadt Wien“ installiert. Die neue Fürsorgeausbildung war dominiert von der NS-Ideologie. Fächer wie Erb- und Rassenpflege, politische und weltanschauliche Schulung, deutsche Geschichte und Volkskunde ergänzten den Lehrplan. Die Erb- und Rassenpflege war die Grundlage nationalsozialistischer Aufbauarbeit. Die Erhaltung und Förderung, sowie Verbesserung des wertvollen Erbbestandes und die Ausmerzung kranker Bestandteile sowie Entfernung fremdrassiger Elemente waren die Grundsätze der NSDAP. Deklarierte Hauptaufgabe war es, den Einfluss des Judentums auszuschalten.

Bereits arbeitende Fürsorgerinnen mussten Fortbildungen absolvieren, um Anerkennung als „Volkspflegerin“ zu erlangen und auf die „Einheitsfürsorge“ vorbereitet zu werden. Zu den bisherigen Aufgaben kamen verstärkt gesundheitsfürsorgerische Tätigkeiten dazu.

1940 trat die „Verordnung über Jugendwohlfahrt in der Ostmark“ (JWVO, RGBl. I S. 519) in Kraft. Sie hatte das deutsche Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt von 1922 zum Vorbild. Diese besagte unter anderem:

„Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit. Die Erziehung der Jugend im nationalsozialistischen Staat ist Erziehung zur deutschen Volksgemeinschaft. Ziel der Erziehung ist der körperlich und seelisch gesunde, sittlich gefestigte, geistig entwickelte, beruflich tüchtige deutsche Mensch, der rassebewusst in Blut und Boden wurzelt...“

Die Aufgaben des Jugendamtes legte § 4 der Jugendwohlfahrtsverordnung fest. Diese waren:

- Schutz der Pflegekinder
- Mitwirkung im Vormundschaftswesen

- Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung
- Jugendgerichts- und Jugendpolizeihilfe sowie die Mitwirkung bei der Durchführung des Jugendschutzgesetzes
- Mitwirkung bei der Durchführung der Gesundheitsfürsorge

Das Jugendamt hatte die NSV und die Hitler Jugend (HJ) zur Mitarbeit heranzuziehen. Man erhoffte sich damit, die gesamte Jugend zu erfassen. Zur Verwirklichung des nationalsozialistischen Erziehungszieles wurden den Jugendämtern und der Zentrale „Beiräte“ beigelegt. Es waren dies Vormundschaftsrichter, Lehrer und der Kreisamtsleiter der NSV. Die NSV übernahm die Ausbildung von Privatvormündern und die Auswahl der Pflegefamilien. Das Wesen der Fürsorge war die „Überwachung der Minderjährigen und die Unterstützung der Eltern“. Um Kosten zu sparen sollte dadurch Verwahrlosung und Fremdunterbringung von Kindern verhindert werden.

Diejenigen, die dennoch in Heime kamen, wurden dort wie Gefangene gehalten, wurden zum Arbeitseinsatz eingeteilt, erhielten nur notdürftige Verpflegung und waren bestialischen Misshandlungen ausgesetzt. Und wenn sie aus den Heimen fliehen konnten, kamen sie nach ihrer Ergreifung in noch strengere Heime. Am meisten gefürchtet und verhasst war das Heim am Spiegelgrund. Aber nicht nur die in Heimen untergebracht – weggesperrten – Kinder wurden körperlich gezüchtigt. Ein Betroffener, für den ich einmal seinen Jugendamtsakt aushob, war eine Zeit lang bei einer Pflegefamilie untergebracht. Er erzählte mir, dass in regelmäßigen Abständen die Fürsorgerin auf Hausbesuch kam. Wenn die Pflegemutter mit dem Bericht über seine „Schandtaten“ fertig war, erhielt er von ihr – der Fürsorgerin wohl gemerkt – ein paar kräftige Ohrfeigen und manchmal „sogar richtige Prügel“. (Mein betroffe-

nes „Heute arbeiten wir anders!“ quittierte er mit einem trockenen „Na hoffentlich!“).

Beamte und die Gestapo waren angehalten, sogenannte „Asoziale“ in Anstalten wie Arbeitshäuser einzuweisen. Als Asoziale galten Trinker, Zuhälter, Prostituierte, „gewöhnheitsmäßige Unterstützungswerber“ und Personen, die ihre Kinder verwahrlosen ließen. Im „Gau Wien“, der 2 Mio. Einwohner hatte, zählten 25 Prozent zu diesen „Asozialen“. Hitler hatte schon in „Mein Kampf“ von Wien als „Sündenpfuhl“ geschrieben.

Die NSV übernahm die Leitung und Führung der Kindergärten (private wurden geschlossen) und hatte somit die außerfamiliäre Erziehung von Kleinkindern unter Kontrolle. Auch hier erfolgte die Erziehung nach rassistischen Grundsätzen. Die Kleinen wurden gedrillt mit „Deutschem Gruß“ zu grüßen und wurden zu „tapferen Soldaten und liebenden, deutschen Müttern“ erzogen. Solidarität mit Schwächeren hatte in dieser Erziehung keinen Platz – nur Disziplin, gegenseitige Überwachung und absoluter Gehorsam gegenüber dem Führer und der Partei.

Die Nationalsozialisten schalteten alle Vereine und Organisationen, die eine andere Weltanschauung vertraten, rigoros aus. So kamen private Einrichtungen wie das Heim Biedermannsdorf und das Hyrtl'sche Waisenhaus in Mödling in die öffentliche Verwaltung. Das von Klosterschwestern geführte Heim „Hohe Warte“ übernahm die HJ, und es wurden dort - nun „Otto Planetenhaus“ - Jugendliche zum Fronteinsatz ausgebildet.

Die Wehrmacht quartierte sich im Erziehungsheim Eggenburg ein. Die Jugendlichen wurden in andere Einrichtungen verlegt.

Einen hohen Stellenwert hatten die Mutterberatungsstellen. 1940 gab es insgesamt 110 solcher Stellen. In den

Kinder in Heimen waren Misshandlungen ausgesetzt

...Im Waisenhaus Hohe Warte wurde der Großteil der Zöglinge, und zwar 160 Knaben und 40 Mädchen, in die Jugendlieberungen der Partei, HJ, und BML sowie DJ. und JM, eingegliedert. Anlässlich des 30-jährigen Bestandes der Anstalt fand eine Gedenkfeier statt. In der Erziehungsanstalt Eggenburg wurden am 31. August 1938 die Pavillons 4 und 5 der neuen Anstalt der Wehrmacht zur Unterbringung von Mannschaften überlassen...

800 Kinder wurden Opfer der Kinder-euthanasie

Abscheuliche medizinische Versuche an Kindern

Randbezirken kamen mobile Mutterberatungen zum Einsatz. Es wurde Lebertran zur Rachitisprophylaxe ausgegeben und Bestrahlungen mit Höhensonne durchgeführt. Gut ausgebildete NSV-Schwester unterstützten Ärzte und Fürsorgerinnen.

Das Kinderheim „Am Spiegelgrund“ und Kindereuthanasie

In der 1907 eröffneten Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof wurden während der nationalsozialistischen Ära geistig und körperbehinderte Menschen, die als „minderwertig und unwertes Leben“ bezeichnet wurden und denen die Lebensberechtigung abgesprochen wurde, Opfer der großen staatlich organisierten Massenmordaktion, der Euthanasie. Dieses Programm „Aktion T4“ - nach der Berliner Zentrale in der Tiergartenstraße 4 benannt - erfasste am Steinhof 4.432 Patienten, von denen bis 1941 mindestens 3.200 getötet wurden. Im August 1941 wurde die Aktion T4 auf Grund von massiven Protesten der katholischen Kirche offiziell gestoppt, doch ging das Töten als „wilde Euthanasie“ weiter.

1940 wurde am Gelände der Anstalt eine „Kinderfachabteilung zur wissenschaftlichen Erfassung erbbedingter schwerer Leiden“ eingerichtet. Die dort eingewiesenen Kinder wurden Opfer der 1939 beschlossenen Kindereuthanasie.

1942 kam es durch eine Kompetenzänderung im Magistrat zur Teilung der städtischen Jugendfürsorgeanstalt „Am Spiegelgrund“. Der Pavillon 7 wurde die Hauptabteilung zur „Führung eines Dauerheimes und Beobachtungsanstalt“. In den Pavillons 15 und 17 mit 220 Betten wurden jene Kinder, hauptsächlich Kleinkinder, die zu den minderwertigen gezählt wurden, aufgenommen. Diese Kinder und Neugeborene

waren primär Zielgruppe der Kindermordaktion.

Ärzte und Hebammen waren seit 1939 verpflichtet, Neugeborene mit angeborenen Leiden sowie Kleinkinder bis 3 Jahre mit diversen Leiden mittels eines Formblattes zu melden. Ebenso mussten Fürsorgerinnen Daten zum Abstammungsblatt für psychische Gutachten liefern. Diese Gutachten dienten als Grundlage für die Einstufung ins Euthanasieprogramm. Die Meldebögen wurden von Gutachtern mit „Plus“ und „Minus“ versehen, die damit über Leben und Tod entschieden.

800 Kinder wurden Opfer der Kindereuthanasie. Ihre sterblichen Überreste wurden erst am 28. April 2002 auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt. Die Tötungen erfolgten mit Morphin-Hypochloral, Luminal, sowie in der späteren „wilden Euthanasie“ durch Nahrungsentzug, also qualvolles Verhungern, aber auch dadurch, dass Kleinkinder im Winter in der Nacht ins Freie geschoben wurden und dort erfroren oder danach an unversorgter Lungenentzündung starben. Durch Hinaufsetzung der Altersgrenze auf 17 Jahre wurde der Opferkreis gegen Ende des Regimes noch beträchtlich erweitert.

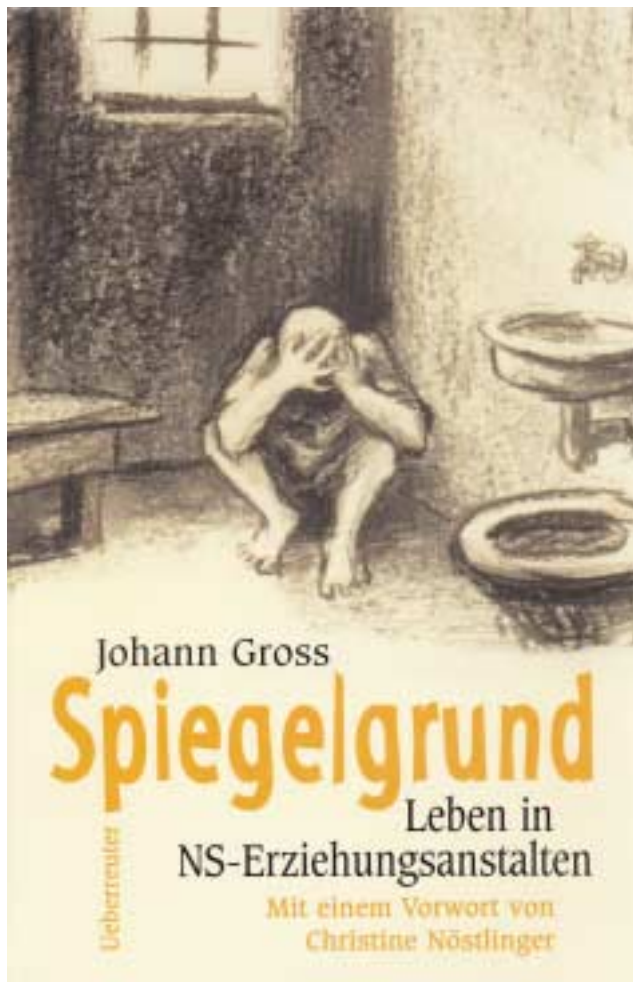
Aber auch im Pavillon 7, dem Kinderheim, wurden abscheuliche medizinische Versuche an Kindern vorgenommen. Im schon erwähnten Buch von Johann Gross erzählt dieser :

„Es begann wie immer: kalte Dusche, Kleiderwechsel und Absonderung in eine Einzelzelle. Wenn alles seinen richtigen Lauf nahm, würde ich also am kommenden Vormittag meine Zeche zu bezahlen haben. Als meine „Richter“ am Morgen in die Zelle kamen, hielt ich gleich wortlos meine linke Hand hin (bei der sogenannten Schwefelkur hatte mein Peiniger nämlich zwei Spritzen hergerichtet). Als ich wieder

allein in der Zelle war, richtete ich schnell einen Polster zum Niederknien her und dann konnte ich nur mehr auf die bald einsetzende Wirkung warten. Es dauerte nicht lange, bis die ersten Magenkrämpfe einsetzten und der erste Strahl in die Abortmuschel traf. Und wieder die gleiche Reaktion, wie ich sie schon beschrieben habe: Schmerzen im Bauch, dazu der ewige Brechreiz und vom vielen Würgen hatte ich auch im Hals große Probleme. Ich spürte nämlich bei jedem Erbrechen heftige krampfartige Schmerzen, andererseits war es aber völlig unmöglich, den Brechreiz zu unterdrücken.“

Anlässlich einer Veranstaltung über die Kinder vom Spiegelgrund im Juni 1998 im WUK hatte ich Gelegenheit, die Lebensgeschichte einiger Überlebender zu hören. Ein Mann erzählte, dass er, weil er als Neunjähriger die Unterschrift seiner Eltern gefälscht hatte, von der „Fürsorge“ abgeholt wurde. Als er mit 15 Jahren vom Spiegelgrund entlassen wurde, wog er 29 Kilo. Eine Frau berichtete, dass sie als 13jährige gemeinsam mit ihrer Mutter von der Gestapo verhaftet wurde, da sie Zeugen Jehovas waren. (Zeugen Jehovas zählten ebenfalls zu den verfolgten Gruppen, da sie unter anderem den Wehrdienst und den Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie verweigerten). Sie erzählte, dass sie im Heim am Spiegelgrund als Sparmaßnahme ab April barfuß gehen mussten, gequält und schwer misshandelt wurden.

Während Verantwortliche für die Gräueltaten am Spiegelgrund nach 1945 Karriere machten, blieben die sogenannten „asozialen“ Kinder und Jugendlichen vom Spiegelgrund bis in die 90er Jahre diskriminiert. So mussten sie z.B. um Wiedergutmachung in Form von Renten aus dem Opferfonds jahrelange Prozesse führen. Erst in den letzten Jahren, als sich einige der Überlebenden an die Öffentlichkeit wandten, setz-



Johann Gross: „Spiegelgrund. Leben in NS-Erziehungsanstalten“

te ein Umdenken ein. Langsam beginnt eine Annäherung an dieses Thema und die damit im Zusammenhang stehenden Verbrechen von Angehörigen verschiedener Berufsgruppen.

Die Rolle der Fürsorgerätigkeit in der damaligen Zeit ist wenig erforscht. Die Vorstellung, dass Fürsorgerinnen damals in einem derart menschenverachtenden System bei der Bspitzelung, Denunziation und letztendlich Vernichtung von Menschen mitgewirkt haben, stößt heute in der Berufsgruppe auf Fassungslosigkeit. Dem Glauben an „verdeckt geleisteten Widerstand“ steht die Tatsache gegenüber, dass kaum Hinweise auf einen solchen zu finden sind. Und Erzählungen von Zeitzeugen bestätigen die Befürchtung, dass die damali-

Welche Rolle spielten die Fürsorgerinnen?

Wenig Dokumentations- material

„Erbkranke“ und „Asoziale“ systema- tisch in Karteien erfasst

gen Mitarbeiterinnen der Wohlfahrt und des Jugendamtes in der Mehrzahl überzeugte Nationalsozialisten waren oder eine andere politische Gesinnung erfolgreich unterdrückt und verborgen haben. Es gibt nur sehr wenig Dokumentationsmaterial und wenige Zeitzeugenberichte. Ein Umstand, der angesichts des nun doch schon hohen Alters dieser Zeitzeugen dringendst erkannt werden sollte, um noch wertvolle Informationen zu erhalten, und endlich eine Aufarbeitung beginnen zu können.

Das tägliche Leben

Im April 1939 kamen 2.238 Kinder zur Welt. Es waren aber nur gesunde erwünscht. Die sogenannten „Erbkranken“ und „Asozialen“ wurden systematisch in Karteien erfasst. Bis Ende 1945 umfasste diese Kartei 350.000 Eintragungen. Ärzte, Lehrer und Fürsorgerinnen wurden angewiesen, auffällige Personen dem Gesundheitsamt zu melden.

Ende Mai 1939 waren bereits ein Drittel der ursprünglich 300.000 in Wien lebenden Juden ausgewandert. „Beraubt und gedemütigt“, wie es der Schriftsteller Robert Braun ausdrückte. Unter den Exilanten war auch Sigmund Freud, der eine Erklärung abgeben musste, dass er von den Nationalsozialisten gut behandelt worden war und der sarkastisch nachgefragt haben soll, ob er den Zusatz hinzufügen solle, dass er die Gestapo jedem Mann bestens empfehlen könne.

Den Verbliebenen wurde die Auswanderung immer schwieriger und teurer gemacht. Der Jesuitenpater Georg Bichlmair und Emanuela Kielmansegg, schon erwähnte Hauptfürsorgerin der Gemeinde Wien, verhalfen mit ihrer „Beratungsstelle für nichtarische Christen“ vielen Menschen durch illegale Spendensammlungen zur Flucht. Die Übernahme des Polizeijugendheimes in der Juchgasse durch das Jugendamt

erweiterte den Arbeitsbereich. Die Mitarbeiterinnen des Jugendamtes hatten nun auch Anzeigen der Polizei, Jugendliche betreffend, zu bearbeiten und Erhebungen durchzuführen. Es kam zu einem Anstieg der „Erziehungsfürsorge“. Ebenso übernahm das Jugendamt den Bereich der Schulgeldaushilfen, sowie die „Begabten- und Lehrlingsfürsorge“.

Lebensmittel und Kleidung wurden erstmals rationalisiert. Im September 1939 begann mit dem Einmarsch in Polen der 2. Weltkrieg.

Es wurden Erbgesundheitsgerichte eingerichtet, die im „Zweifelsfall“ über das Recht auf Fortpflanzung zu entscheiden hatten. Eine Verurteilung bedeutete Abstempelung als „rassisch minderwertig“ sowie Eheverbot und häufig Zwangssterilisation. Keines dieser Urteile wurde jemals wieder aufgehoben.

Im September 1940 entzog das Wiener Vormundschaftsgericht einem Ehepaar die Vormundschaft für seine Kinder, da diese nicht mit dem „Deutschen Gruß“ begrüßt hatten, wobei allerdings festgestellt wurde, dass die Kinder „sonst gut erzogen“ waren. Jüdischen Kindern wurde der Besuch öffentlicher Schulen untersagt.

Im Winter 1940/41 wurde für das „Winterhilfswerk (WHW)“ gesammelt. Offiziell wurde es als „der lebendige Ausdruck der tat gewordenen Volksgemeinschaft“ bezeichnet, inoffiziell nannten es die Wiener „wir hungern weiter“.

1941 veranstaltete das „Deutsche Frauenwerk“ ein Preisausschreiben zum Thema „die besten Rezepte mit roten Rüben“ und in Gasthäusern herrschte Annahmepflicht der roten Rübe als Beilage.

Die Anmeldefrist aller zehnjährigen Buben bei der „Hitlerjugend“ (HJ) begann

und Mädchen wurden für sechs Monate ins Deutsche Reich auf Arbeitsdienst geschickt. Im Sommer fuhren 400 Kinder im Rahmen der „Kinderlandverschickung“ in sichere Gebiete.

Im Dezember wurde bei der ersten interalliierten Konferenz die Wiederherstellung Österreichs als eines der Kriegsziele der Alliierten definiert.

Für die Wiener war vermutlich das wohl einzig erfreuliche Ereignis des Jahres 1941, dass Rapid Wien mit einem 4:3 über Schalke 04 Deutscher Meister wurde.

1942 wurden Schulen zum Teil an drei Tagen der Woche geschlossen, damit die Schüler am Ernteeinsatz teilnehmen konnten. Kinder und Jugendliche waren aufgerufen, Seidenraupen zu züchten. 18.000 Raupen wurden benötigt, um das Material für einen Fallschirm zu gewinnen.

Im Sommer wurden alle Heurigen per Verordnung bis auf weiteres geschlossen. Im Herbst wurde die tschechische Minderheit in Wien in ihren Freiheiten stark eingeschränkt. Ihre Vereine wurden verboten und ihr Vermögen eingezogen. Die letzten Sinti und Roma wurden nach Auschwitz gebracht.

1943 wurden Schüler der höheren Schulstufen als Luftwaffenhelfer und an der Flak ausgebildet sowie der Heimatfront unterstellt. Mädchen erhielten Ausbildung im Nachrichtenwesen und im Gesundheitsdienst.

Um Frauen zum Kinderkriegern zu animieren, wurden die Kleiderkarten für Schwangere um 50 Punkte aufgebessert. Jugendbanden („Schlurfs“) lieferten der HJ regelmäßig Schlachten, im Gegenzug schor ihnen die HJ Glatzen.

1944 rief Reichsleiter Bormann die Wienerinnen und Wiener verstärkt zur Fortpflanzung auf, auch zur Zeugung

von außerehelichen Kindern und zur Ehe zu Dritt: „Der Führer braucht Soldaten“. Der Gemeinderat beschloss im November die Schaffung von Ehevermittlungsstellen, in denen unter Achtung der erbbiologischen Gesetze die vielen Kriegswitwen zur Heirat vermittelt werden sollten.

Im April wurden alle Hauswände in Wien mit weißen Pfeilen markiert, um im Ernstfall die Orientierung zu den Luftschutzbunkern zu erleichtern. Die Bombardements der Alliierten begannen. Über Radio wurde Fliegeralarm gegeben. Christine Nöstlinger beschreibt das in ihrem Buch „Maikäfer flieg“ so:

„Der Volksempfänger spielte Marschmusik, dann hörte die Marschmusik auf, eine Stimme sagte: ‚Achtung, Achtung, feindliche Kampfverbände im Anflug auf Stein am Anger.‘ Nachher war keine Marschmusik mehr (...), kreischend kam es aus dem Volksempfänger ‚kuk kuk kuk kuk kuk kuk...‘. Das war das Zeichen, dass die Bombenflugzeuge auf Wien zuflogen.“

Am 21. Jänner 1945 war „Volksopferstag“. Wer noch was besaß, war aufgefordert, es zu spenden. Juden mussten ihre Winterkleidung abgeben.

Im Februar gingen die letzten beiden Judentransporte nach Theresienstadt ab.

Im März brach in Ottakring die Maul- und Klauenseuche aus.

Der Jahrgang 1929 wurde zum Volkssturm einberufen. Die Buben waren gerade 16 Jahre alt.

Im April wurde Wien zur Verteidigungszone ernannt. Frauen und Kinder wurden aufgerufen, die Stadt zu verlassen. Immer mehr Soldaten desertierten. Bei Ergreifung drohte ihnen die Hinrichtung. Einer Widerstandsgruppe gelang es, am Rathausturm die rot-weiß-rote Fahne zu hissen.

Arbeitsdienst und „Kinderlandverschickung“

16-Jährige zum Volkssturm einberufen

Luftangriffe fordern zahlreiche Opfer und zerstören Wohnungen

Es kam zu einem Großbrand in Wien, aber es gab keine Feuerwehr mehr.

Die Rote Armee rückte vom Westen kommend immer näher, erreichte am 7. April Ottakring und am 10. April die Ringstraße. Am 13. April 1945 um 14 Uhr endete die Schlacht um Wien. Die Herrschaft der Nationalsozialisten in Österreich hatte 7 Jahre und 1 Monat gedauert.

Bei 52 Luftangriffen starben tausende Menschen. 1.184 Widerstandskämpfer wurden in Wien zum Tod verurteilt und hingerichtet. 86.875 Wohnungen waren zerstört. In Wien waren 35.000 Menschen obdachlos. Nur 140 Juden überlebten im Wiener Untergrund. Die Säuglingssterblichkeit lag bei 19 Prozent.

Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten schlossen sich zur SPÖ zusammen, Adolf Schärf wurde ihr erster Vorsitzender.

Am 17. April 1945 wurde Theodor Körner vom russischen Stadtkommandanten zum Bürgermeister der Stadt ernannt.

Am 21. April traf Karl Renner in Wien ein und begann sofort eine provisorische Regierung zu bilden, die am 27. April 1945 von der Sowjetunion anerkannt wurde.

Ottakring stand bis September unter russischer, dann unter französischer Besatzung.

Die Lage der Stadt war trist. Häuser, Brücken, Kanäle, Gas- und Wasserleitungen lagen in Trümmern. Tausende Menschen waren obdachlos und hungerten.

Im November wurden die ersten Gemeinderatswahlen abgehalten. Die Mandatsverteilung war 58 für die SPÖ, 36 für die ÖVP und 6 Mandate für die Kommunisten. Schwerpunkt der Stadt-

verwaltung war neben dem Wiederaufbau der Stadt auch die Jugend- und Altersfürsorge.

In Ottakring wurden im Krieg 2.499 Wohnungen zerstört. Aber auch die Wasserleitungen waren zum Teil zerstört und Verkehrsflächen voll Schutt der zerbombten Häuser. Im Sommer 1945 halfen viele tausende Ottakringer und Ottakringerinnen mit, diese Schuttberge zu beseitigen. Schwieriger war da schon die Wiederherstellung der Wasserversorgung, da es an Fahrzeugen mangelte, die die schweren Rohre transportieren konnten. Oft mussten diese mit Hilfe von Holzwalzen händisch viele Kilometer gerollt werden.

Bis 1949 wurden 52 Bombenrichter zugeschüttet, 52.000 Kubikmeter Schutt weggeräumt, 10.000 m² Straßenfläche angelegt, 19 Parkanlagen revitalisiert (diese waren im Krieg zu Friedhöfen umfunktioniert worden), der Bau der ersten Gemeindebauten der Nachkriegszeit mit 300 Wohnungen gestartet.

1951 fehlten wienweit noch 200.000 Wohnungen.

Erste Gemeinderatswahl nach dem Krieg

Nach dem Krieg: Wiederaufbau und Wirtschaftswunder

Das Jugendamt in den ersten Nachkriegsjahren

Einige Tage nach Kriegsende erhielt das Jugendamt einen neuen Leiter. Es wurde zur Magistratsabteilung X/2 – Jugendfürsorge und ab 1. März 1946 die Magistratsabteilung 11 – Jugendamt.

Auf Grund des Verbotsgesetzes wurden viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wegen ihrer Zugehörigkeit oder Nähe zur NSDAP außer Dienst gestellt, woraufhin großer Personalmangel herrschte. Als gesetzliche Grundlage blieb weiterhin die bereits erwähnte Jugendwohlfahrtsverordnung von 1940 bestehen. Erst 1954 wurde ein neues Jugendwohlfahrtsgesetz verabschiedet.

Für die Kindergärten, die 1945 wieder in die Verwaltung des Jugendamtes kamen, galt das Reichsschulgesetz von 1869. Viele Kindergärten waren durch Bombenschäden schwer beschädigt und mussten wiederaufgebaut werden. Bis Sommer 1945 waren immerhin wieder 74 Kindergärten und 20 Horte in Betrieb.

Die Besatzungsmächte beanspruchten einige Heime als Stützpunkte¹, aber in der Kinderübernahmestelle, im Zentral-kinderheim und im Heim „Am Spiegelgrund“ konnte der Betrieb für Kinder weitergeführt werden.

Sofort nach Kriegsende wurden Fürsorgerinnen in diversen Hilfsaktionen und in den Mutterberatungsstellen eingesetzt. Auch nahmen sie wieder Verbindungsdienst zu Gebärkliniken und Kinder Spitälern auf. Ab Mai 1945 wurden auch wieder Erziehungsberatungen angeboten.

Die Hauptaufgabe der Fürsorgerinnen war vorerst jedoch eine andere: Bedingt durch Mangel an Heimplätzen war es in den Kriegsjahren zu einem Rückgang

der Heimunterbringungen gekommen. Gesunde Kinder, für die keine Heimplätze vorhanden gewesen waren, waren bei Pflegefamilien untergebracht worden.

Die Ausforschung und Rückführung von Kindern, die in den letzten Kriegsjahren evakuiert worden sind, war eine der Hauptaufgaben der Mitarbeiterinnen des Jugendamtes. Vor allem Kinder die in Schlesien untergebracht waren, wurden zum Teil nicht mehr gefunden.

Nach verschollenen Eltern von untergebrachten Kindern wurde ebenfalls gesucht. U.a. aus Kostengründen sollten so viele Kinder wie möglich zu ihren Familien zurückkehren. Jener Mann, dem ich bei der Aufarbeitung seiner Geschichte ein Stück behilflich sein durfte – quasi als Wiedergutmachung für die Prügel, die er von meiner „Vorgängerin“ erhalten hatte – wurde im Alter von 15 Jahren zu seiner Mutter nach Deutschland, wo sie ausfindig gemacht worden war, entlassen, obwohl er seine Mutter überhaupt nicht kannte, da sie ihn nach der Geburt im Spital zurückgelassen hatte. „Wir waren uns fremd und es war schrecklich“, war sein Kommentar. Damals - mit 15 - wusste er nicht, dass seine Mutter immer wieder geschrieben und sich nach ihm erkundigt hatte. Die Briefe waren alle im Jugendamtsakt abgelegt und wurden ihm erst von mir anlässlich seiner Akteneinsicht übergeben. Er weinte damals bitterlich und schrieb mir danach noch einige Briefe, die alle über seine Kindheitserinnerungen und seine späte Aussöhnung mit seiner Mutter berichteten. Im Zuge der Recherchen zu diesem Bericht wollte ich ihn kontaktieren, doch erhielt ich keine Antwort mehr.

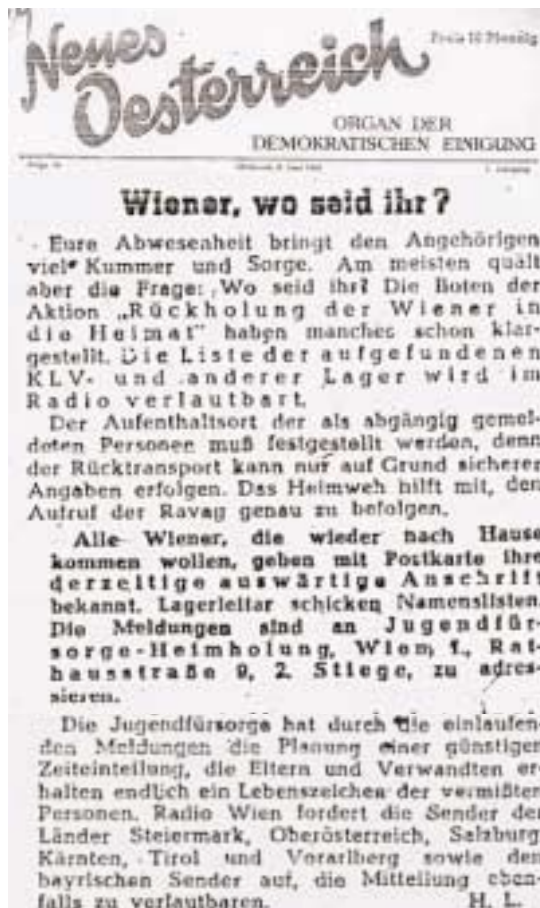
Seine Geschichte war wohl für die damalige Zeit ein häufiges Schicksal: Seine Mutter war sehr jung und ledig, als er geboren wurde. Da sie sich selber

Ausforschung und Rückführung von evakuierten Kindern

Zur Mutter entlassen, die 15-Jähriger nicht kannte

Kinder mussten in Erholungsheimen aufgepäppelt werden

kaum ernähren konnte, ließ sie ihn nach der Geburt im Spital zurück. Er lebte in einem Kinderheim in Iglau. Als die Rote Armee näherrückte, flohen die Erzieher mit den Kindern nach Wien. Er war kurz in der Kinderübernahmestelle und kam dann zu Pflegeeltern. Seine Mutter hatte mit Hilfe des Roten Kreuzes seinen Aufenthaltsort erfahren und an das Jugendamt geschrieben. Die Fürsorgerin hat ihm oder seiner Pflegemutter die Briefe nie gegeben. Aus dem Akt ging auch nicht hervor, ob sie der Mutter wenigstens geantwortet hat. Erst 1948 findet sich ein Vermerk im Akt, dass die Mutter angeschrieben wurde, um ihren Sohn zu übernehmen. Dann wurde er in einen Zug gesetzt und nach Deutschland geschickt, wo ihn seine Mutter, die ein Schild mit seinem Namen in Händen hielt, abholte.



Aufruf aus dem „Neuen Österreich“ von Juni 1945

Durch Bombenschäden in einigen Bezirksjugendämtern waren teilweise Vormundschaftsakten vernichtet worden. Diese mussten mühsam rekonstruiert werden. Viele unterhaltspflichtige Väter waren gefallen oder galten als vermisst. Es dauerte lange, um für die Kinder Unterhalts- oder Rechtsansprüche geltend zu machen. Manche Mündel hatten Väter, die Angehörige der Besatzungsmächte waren, die nicht auf Unterhalt geklagt werden konnten. Bis zum Jahr 1947 waren das 1.100 Kinder.

2 von 3 Schulkindern waren unterernährt. In den Mutterberatungsstellen wurden Lebensmittelspenden aus dem Ausland und Bekleidung verteilt. Fallweise konnte an Schwangere gezuckerte Milch ausgegeben werden. Die Kinder erhielten Lebertran.

Die Ausgabe von Schuhen an Kinder war nur mit genauer Begründung und nach erfolgtem Hausbesuch durch die Fürsorgerin möglich.

Mit Hilfe der „Schweizer Spende“ konnten zwei Erholungsheime eröffnet werden, in die unterernährte Kinder mit „Befund 3“ geschickt werden konnten. Sie erhielten dort Mahlzeiten mit ca. 3.000 Kalorien pro Tag. Hilfsgüter kamen aus der Schweiz, Dänemark, England, USA, Argentinien und Honduras.

1945 konnten 959 Kinder im Inland und 250 Kinder in ausländischen Erholungsheimen aufgepäppelt werden. 1.010 Kinder wurden von Schweizer Familien vorübergehend in Pflege genommen, ebenso von Familien in Belgien, Dänemark und England.

Ab 1948 wurde zuerst an bedürftige, ab 1949 wieder an alle Säuglinge Wäschepakete verteilt. Es enthielt 10 Windeln, 2 Flanelle, je 4 Hemdchen und Jäckchen, 1 Strampelanzug, 1 Gummieinlage und 1 Dose Hautpuder. Die Anmeldung erfolgte am Jugendamt und war an die

im 3. Schwangerschaftsmonat vorge-schriebene „Wassermann-Blutprobe“ (Test auf die Geschlechtskrankheit Lues) gebunden. Für bedürftige Familien wurden 80 Leihkinderwägen zur Verfügung gestellt.

An dieser Stelle möchte ich einen Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, der mir seine Lebensgeschichte erzählt hat und auch der Veröffentlichung in diesem Bericht zugestimmt hat. Dietmar P. wurde im Oktober 1949 als Sohn einer ledigen Mutter und eines amerikanischen Besatzungssoldaten geboren. Als uneheliches Kind war er Mündel des Jugendamtes.

„Wir wohnten damals zu viert, also meine Großmutter, meine Mutter, deren Schwester und ich, in einem Kabinett. Meine Tante war schon viel bei ihrem Freund, hat uns aber mit Essen versorgt, meine Oma brachte mich in den Kindergarten und holte mich wieder ab, aber meistens bin ich ihr ausgebüchst, ansonsten war ich die meiste Zeit im Park und mir selbst überlassen. Meine Mutter hat sich nicht viel um mich gekümmert. Als die Oma einmal im Spital war, ging sie trotzdem am Abend aus. Ich hab mich gefürchtet und geweint. Der Nachbar, ein Polizist, ist die halbe Nacht vor der Tür gestanden und hat durch die Tür beruhigend auf mich eingeredet, bis ich eingeschlafen bin.“

In seiner „Kinderkarte“, dem Jugendamtsakt, sind regelmäßige Hausbesuche vermerkt, die alle von eher ärmlichen Lebensverhältnissen sprechen, die Mutter wird als unverlässlich, die Oma allgemein als überfordert beschrieben.

„Dann hatte ich einen Unfall. Wir Buben sind vor der herannahenden Straßebahn hin- und hergelaufen, wer sich länger traut, na und ich bin gestolpert und unter den Fangkorb gekommen.

Meine Oma bekam eine Anzeige, das Jugendamt hat sich eingeschaltet und gemeint, ich sei verwahrlost und unterernährt und muss auf Erholung. So kam ich nach Belgien. Ich war ja noch sehr klein und weiß noch, dass ich irrsinnig geweint habe. Wir sind 20 Stunden im Zug gefahren. In Brüssel sprachen alle Französisch und ich habe nichts verstanden und bin davongelaufen. Die haben mich dann wieder eingefangen, ich hatte ja ein Taferl mit meinem Namen um den Hals. Wir sind dann alle dort auf einen Schulhof gebracht worden und dann kamen die Leute wie auf einem Adventmarkt und haben sich die Kinder ausgesucht. Als wir nur mehr ganz wenige waren kamen meine Pflegeeltern und suchten mich aus. Ursprünglich hätte ich nur zwei Monate bleiben sollen, aber meine Mutter schrieb Briefe an die Pflegeeltern, dass sie mich nicht ernähren kann und dass sie mich behalten sollen, die wollten mich aber nicht adoptieren, weil sie eigene Kinder bekommen wollten, aber ich konnte länger bei ihnen bleiben. So blieb ich 18 Monate in Belgien und kam dort auch in die Vorschule.“

Als er wieder zurückkehrte sprach er kein Wort Deutsch, erkannte seine Tante nicht mehr, die ihn vom Bahnhof abholte, und auch die Oma war ihm fremd. Er wurde in Wien eingeschult und hatte größte Schwierigkeiten in der Schule mitzukommen.

„Meine Mutter wollte damals, dass ich ins Heim komme, und ist ständig in die Schule und aufs Jugendamt und hat dort erzählt, dass sie mit mir nicht zurecht kommt. Meine Tante hat dann am Jugendamt erklärt, dass ich ja gar nicht Deutsch sprechen kann, dass sich meine Mutter kaum um mich kümmert und die Oma sich nicht kümmern kann. Die Tante und ihre Familie haben dann eine Gemeindewohnung im

Dietmar P.: Acht Monate bei Pflegeeltern in Belgien

Besuche bei den Pflegeeltern in Belgien

16. Bezirk bekommen und meine Oma und ich sind mitgezogen. Ab da lebte ich dann bei Tante und Onkel. Im 16. Bezirk in der Schule wurde es dann besser. In den Sommerferien bin ich weiterhin jedes Jahr nach Belgien zu meinen Pflegeeltern gefahren. Zu meiner Mutter hatte ich kaum Kontakt. Sie hat dann geheiratet und Kinder bekommen. Ich habe, wenn meine Oma dort Windeln waschen war, die Oma manchmal abgeholt und da hab ich vom Mann meiner Mutter Taschengeld bekommen. Einmal, als ich ein neues Bett gebraucht habe, haben mich Tante und Onkel auch hingeschickt, dass er das zahlen soll. Mir war das sehr unangenehm, aber er hat das Bett dann auf Raten bezahlt. Der hatte mit mir überhaupt nichts zu tun, aber trotzdem hat er mich unterstützt, das finde ich schön."

Dietmar war weiterhin Mündel des Jugendamtes und musste immer wieder auch ins Jugendamt in der Arnegasse kommen.

„Als ich in der 4. Klasse der Hauptschule von der Schule flog, musste ich auf's Jugendamt und denen dort erzählen, was los war...ich wusste es eigentlich gar nicht, außer, dass mich der Kaplan nicht leiden konnte und mich angeblich mit Mädchen im Helenental gesehen hat, dabei wusste ich damals gar nicht, wo das Helenental überhaupt war. Ich musste dann Schule wechseln und das war's. In der neuen Schule war ich halt als „Bandenchef“ verschrien und hab's nicht so toll gehabt. Für meinen Lehrvertrag musste ich auch auf's Jugendamt und, als ich Lehrstelle wechseln wollte und der Onkel aber dagegen war, auch, aber da hat das Jugendamt mich unterstützt und ich konnte dann die Lehrstelle wechseln. Die haben da keine Probleme gemacht. Überhaupt war das Jugendamt kein Ort, vor dem ich Angst hatte, da hab ich daheim mehr Angst gehabt."

Im Jahr 1969, als Dietmar bereits beim Bundesheer war, wurde die Tante auf ihren Antrag hin zum Einzelvormund bestellt und der Jugendamtsakt geschlossen. Ein Jahr später wurde er volljährig. Vor einigen Jahren hat er sich seinen Mündelakt ausheben lassen und daraus entwickelte sich Folgendes: *„In meinem Akt war ein Blatt über meinen Bruder, der 1952 ebenfalls als Sohn eines amerikanischen Soldaten auf die Welt kam und den meine Mutter zur Adoption freigegeben hat. Da stand auch eine Adresse im 16. Bezirk drauf. Ich wusste von meiner Tante, dass es da noch ein Kind gegeben hat, aber Genaueres wusste ich nicht. Jedenfalls bin ich in die Eisnergasse gefahren und hab dort angeläutet. Der Nachbar hat mir dann gesagt, wo die Familie jetzt wohnt und ich hab meinen Bruder angerufen. Der hat sich zuerst einmal Bedenkzeit erbeten und dann haben wir uns getroffen. Er hat sich dann gewünscht, unsere Mutter kennenzulernen und ich hab das arrangiert. Meine Mutter konnte sich zuerst an nichts erinnern, aber es kam dann doch zu einem Familientreffen. Am Tag des ersten Treffens ist die Adoptivmutter gestorben, da war Eines zu Ende und das Andere hat begonnen."*

Heute hat die gesamte Familie Kontakt zueinander, manche intensiver – so wie der Bruder mit der wiedergefundenen Mutter, manche lose, wie Dietmar, der allerdings immer noch Kontakt zu seiner belgischen Pflegemutter hat.

„Wir telefonieren regelmäßig und sehen uns einmal im Jahr, entweder sie kommt nach Wien oder ich besuche sie in Belgien. Der Pflegevater ist schon gestorben. Eigene Kinder haben sie keine bekommen."

Dietmar meinte abschließend, dass er sehr verwundert war, als er seinen Akt gelesen hat, wie genau und ausführlich

alles dokumentiert war. Für ihn war es ein Stück Dokumentation seines Lebens, das ihn beeindruckte. Mich beeindruckt der Schlusssatz im Interview mit ihm:

„Meine Halbschwestern hatten ein intaktes Familienleben mit Vater und Mutter. Mein Halbbruder hatte Adoptiveltern, die ihm was mitgegeben haben, aber eigentlich möchte ich mit keinen von ihnen tauschen.“

Die neuen Ausbildungsstätten

Im November 1945 begann wieder die Ausbildung für Fürsorgerinnen in der „Fürsorgeschule der Stadt Wien“. 1947 erhielt sie das Öffentlichkeitsrecht. Zur selben Zeit wurde die „Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Horterzieher“ in 16, In der Sängergasse eröffnet. Es wurden vier Klassen geführt, eine davon mit männlichen Schülern. Da in den Kindergärten ebenso Personalmangel herrschte, mussten die Schüler und Schülerinnen 16 Praxisstunden in der Woche in Kindergärten und Horten absolvieren.

In der „Fürsorgeschule der Stadt Wien“ wurde wieder der Lehrplan der Zwischenkriegszeit herangezogen. Die in anderen Ländern entwickelten Methoden hatten – bedingt durch die jahrelange Isolation – in Österreich noch nicht Einzug gehalten und erst nach und nach kamen zu den alten Lehrplänen neue Inhalte, wie vertiefte Einzelfallhilfe und Tiefenpsychologie dazu.

1949 wurden 82 Studierende – davon sechs Männer – von 30 nebenberuflichen Lehrern unterrichtet. In den folgenden Jahren litt die Schule – und dadurch auch das Jugendamt – an Nachwuchsmangel. In der Gesellschaft hatte der Beruf der Fürsorgerin kein hohes Ansehen und es herrschte wenig Interesse. Auch die

Einführung eines Taschengeldes während der Ausbildungszeit änderte nur wenig daran. In einer in den 60er Jahren durchgeführte IFES-Umfrage nach den beliebtesten Berufen, landeten die Fürsorgerinnen an vorletzter Stelle, knapp vor den Chemischputzerinnen.

Mit dem Schulorganisationsgesetz 1962 wurde die Schule in die „Lehranstalt für gehobene Sozialberufe“ umgewandelt, erhielt einen verbindlichen Lehrplan, wurde als „akademieverwandte Lehranstalt“ bezeichnet und blieb dennoch starr und traditionell. Manche fanden sie auch „realitätsfremd“.

Ab 1966 war die Schule in der Ottakringerstraße 200 angesiedelt, bis zum Jahr 1978, da übersiedelte sie dann an den heutigen Standort in Floridsdorf. Erst zehn Jahre später (1976) wurde die Schule zur „Akademie für Sozialarbeit“

Durch die politische Bewusstseinsbildung, insbesondere ausgelöst durch die Studentenbewegung, wurde der Beruf

Von der Fürsorgeschule zur Akademie für Sozialarbeit



Informationsbroschüre der „SozAk“ Freytaggasse

1955: erstes Fernsehversuchs- programm

Idole der Jugend: Elvis, Conny, Peter Kraus

wieder attraktiver. Die Schule warb mit Slogans wie „Bist du progressiv, wähle einen Sozialberuf.“ um Neuzugänge. 1970 waren bereits ein Drittel der Studierenden Männer.

„Rock around the clock“ in Ottakring und Wien

In Ottakring entwickelte sich sehr bald wieder ein ausgeprägtes kulturelles Leben, das von den Sozialdemokraten stark forciert wurde: *„...unerlässlich ist gerade in Zeiten arger materieller Not auch auf kulturellem Gebiet ernsthafte Bemühungen anzustellen...“*²

Kino boomte wieder, wie auch schon vor dem Krieg. Wiener Filme mit Hans Moser waren die Kassenschlager. 1953 gab es 200 Kinos in Wien. In Ottakring waren das Roseggerkino, Arnettkino, Odeonkino, Thaliakino, Sandleitinkino, Zentraltheater, Savoykino, Kino Alt Wien, Luxkino, Weltspiegelkino, Trianonkino und noch einige mehr Orte des sozialen Treffpunkts. Kino war Freizeitgestaltung und Gemeinschaftserlebnis. Zwischen 1950 und 1955 stiegen die Kinobesuche von 92,5 Mio. auf 114 Mio., das entspricht durchschnittlich über 312.000 Kinobesuchen pro Tag. Zwischen 1955 und 1960 gingen sie auf 106 Mio. zurück. Schuld daran war das Fernsehen.

Am 1. August 1955 startete das erste Fernsehversuchsprogramm. Anfangs wurde nur ein paar Stunden in der Woche gesendet, dann zwei bis drei Tage. In den Auslagen der Elektro-Geschäfte standen laufende TV-Geräte, so z.B. bei Radio Weltspiegel Polatschek am Gürtel und die Menschen hingen in Trauben davor. Gaststätten, z.B. das Cafe Alt-Ottakring, legten sich Geräte zu und steigerten damit ihren Umsatz, und in den Sektionslokalen der SPÖ gab es Fernsehabend, die auch für Nicht-Parteimitglieder offen waren.

Mit Beginn der 60er Jahre stieg der Verkauf von TV-Geräten steil an. 1956 gab es in privaten Haushalten 3.818 Geräte. 1963 bereits 463.000 Geräte. Die Anzahl war also um das 121fache gestiegen. Im Vergleich dazu: 1956 hatten 97.000 Haushalte Kühlschränke, 1962 gab es in 591.000 Haushalten Kühlgeräte, was einem Anstieg um das nur 6fache bedeutete.

Zwischen 1954 und 1960 stiegen die Nettolöhne um 30 Prozent, gleichzeitig die privaten Konsumausgaben um 45 Prozent.

In Ottakring blühte eine ausgeprägte Nachbarschaftskultur. Die Ottakringerinnen trafen sich an der Bassena, im Hof oder der Waschküche, und wenn dort niemand war, gingen sie zu den Nachbarn auf Besuch, umso lieber, wenn die dann schon einen Fernseher hatten.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wurden die Fernseheinladungen mit Einladungen zum Essen verbunden. Die Menschen wurden durch das Patschenkino sozusagen sesshaft, was die Kinos deutlich zu spüren bekamen.

Bald wurde es zum sozialen Zwang, einen Fernseher zu besitzen, und wenn das Geld nicht reichte, kaufte man auf Raten. Das billigste Gerät kostete 6.000 Schilling. Aber auch Mopeds, Roller und Autos erlebten einen Aufschwung. Zwischen 1950 und 1956 stieg die Zahl der Krafträder von 123.000 auf 327.000. Und von 1954 bis 1960 die Zahl der Autos von 75.000 auf 404.000. Ein VW-Käfer kostete 34.000 Schilling. Der Puch 500 war um 20.000 Schilling noch günstiger zu haben.

Pettycoats und Lederjacken, Elvis und James Dean prägten eine neue Kultur und wurden zu Idolen der Jugend, für manche waren es auch Conny Froboes und Peter Kraus, Gus Backus und Bill Ramsey. Rock'n'Roll und Jazzmusik wurden immer populärer und die Jugend ging am Wochenende, wenn nicht

² Hubert Pfoch in „Kampf und Aufstieg, 40 Jahre SPÖ Ottakring, 1945-1985“

ins Kino, dann tanzen. Jedem Wiener ist der „Gschupfte Ferdl“ ein Begriff, der „jeden Freitag frische Sock'n au'ziagt, die Schuach putzt und sich ins G'wand haut, weil beim Thumser draußt in Neulerchenfeld Perfektion“ war.

Das Fernsehen blieb wichtig und wurde immer mehr zur Freizeitgestaltung. Mit den Nachrichtensendungen holte man sich die weite Welt ins Wohnzimmer und durch die Übertragungen von Sportveranstaltungen – vor allem von Skirennen – hatte man auch endlich wieder Grund zum Jubeln und Feiern.³ Die Bevölkerung konnte sich langsam aber doch auch Urlaube leisten. Italien war das erklärte – und erschwingliche – Lieblingsziel der Menschen. Rimini und Riccione waren „in“, viele Paare fuhren mit dem Roller nach Venedig auf Hochzeitsreise. Und die, die zu Hause bleiben mussten, gingen ins „Kongerl“ (Kongreßbad) oder Gänsehäufel und auch wieder zum Heurigen.

In den 50er Jahren hatten nur 14 Prozent der existierenden Wohnungen ein eigenes Badezimmer, 56 Prozent kein Innenwasser und 60 Prozent WC am Gang. Der kommunale Wohnungsbau wurde verstärkt vorangetrieben. Und langsam besserte sich die Wohn- und Lebenssituation der Menschen wieder.

In Ottakring wurde in den folgenden Jahren wieder gebaut. Das Negerdörfel wurde abgerissen und an seiner Stelle eine große Wohnhausanlage errichtet. Das Wilhelminenspital wurde ausgebaut und zu einem Schwerpunktspital im Westen Wiens. Die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig wurde errichtet. 1962 wurde in der Vogeltenngasse das nach den Plänen von Lukas Mathias Lang und Peter Czernin erbaute „Europahaus des Kindes“ eröffnet: einerseits Ferienheim für Wiener Kinder, andererseits auch ganzjährig geführtes Kinderheim.

„Wirtschaftswunder“ im Jugendamt

Auch am Wiener Jugendamt ging das Wirtschaftswunder nicht spurlos vorüber. Waren 1945 noch 929 Kinder wegen wirtschaftlicher Not in „Gemeindeerziehung“ gekommen, so waren es 1952 nur mehr sechs Kinder. Allerdings stiegen die Unterbringungen wegen Erziehungsschwierigkeiten im selben Zeitraum auf über 3.000 an. Schuld an den Erziehungsschwierigkeiten war nach Meinung der Verantwortlichen des Jugendamtes wieder einmal die Berufstätigkeit der Mütter.

1949 wurde mit Spendenhilfe das erste Institut für Erziehungshilfe (Child Guidance Clinic) eröffnet. Ab 1950 bot das Jugendamt in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen die „Elternschule“ an, für Männer auch an Sonntagen die „Schulen für Väter“. Das Heim Eggenburg konnte mit Hilfe der Quäker wieder instandgesetzt werden. Und das Heim Hohe Warte wurde ab 1947 wieder als Kinderheim geführt. 1950 übersiedelte die Heilpädagogische Beobachtungsstation vom Spiegelgrund ins wiedereröffnete Heim im Schloss Wilhelminenberg.

Die MA 11 wurde umorganisiert und 6 Dezernate eingerichtet:

- 1.Rechtsfürsorge
- 2.Offene Fürsorge
- 3.Zentralinspektorat für Kindergärten und Horte
- 4.Geschlossene Jugendfürsorge
- 5.Erholungsfürsorge
- 6.Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten.

Wurden 1945 noch 51.000 finanzielle Dauerunterstützungen vermittelt, waren es 1964 nur mehr 8.000. Nach und nach entwickelten sich die Inhalte der Fürsorge weg von Bekämpfung der materiellen Not hin zur Lösung psychosozialer Probleme.

Unterbringungen wegen Erziehungsschwierigkeiten stiegen an

Wandel von der Bekämpfung der Not zur Lösung psychosozialer Probleme



„Puppenadoption“ mit Wohlfahrtsstadträtin
Maria Jacobi

Es wurde versucht neue Wege zu gehen. So wurde 1954 die sagenhafte Puppenadoption ins Leben gerufen. Jährlich erhielten 25 Mädchen zwischen acht und zwölf Jahren eine Puppe, die sie regelmäßig in der „Puppenmutterberatung“ vorstellen mussten. Waren die Puppen sauber und gepflegt, konnten sie nach einem Jahr von der Puppenmutter adoptiert werden. Man erhoffte sich davon wohl den Effekt, dass aus jenen Mädchen fürsorgliche Muttis werden.

1957 wurde in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern Berlin und Hamburg der Modellversuch „Vertiefte Einzelfallhilfe“ (Casework) gestartet. Aufbauend auf diesen Versuch wurde dann im sogenannten „Psychiatrischen Kurs“, der in Zusammenarbeit mit der Univer-

sitätsklinik für Psychiatrie abgehalten wurde, den Fürsorgerinnen Einführung in die Methodik des Social Casework gegeben. Inhalt dieses Kurses war „Vertiefte Einzelfallhilfe“ und „Psychiatrische Fürsorge“. Der Psychiatrische Kurs wurde Anfang der 80er Jahre eingestellt.

1961 wurde das erste Mutter-Kind-Heim in der Pleischlgasse in Simmering mit 25 Plätzen und angeschlossener Kinderkrippe eröffnet. 1963 löste ein neues Jugendschutzgesetz endlich jenes aus dem Jahr 1943 ab. zwei Jahre später erfolgte die Umbenennung des Heimes in der Kinderübernahmsstelle in Julius Tandler Heim und die Heilpädagogische Beobachtungsstation wurde dorthin verlegt.

Nach dem Krieg waren die FürsorgerInnen in das Gehaltsschema D gereiht worden, was eine Schlechterstellung bedeutete. Nun wurden sie endlich in B gereiht. Auf Grund von Personalmangel wurden 1968 20 Posten für FürsorgeassistentInnen geschaffen. Diese mussten innerhalb von fünf Jahren neben ihrer Tätigkeit am Jugendamt die Ausbildung nachholen. Damit hatten die Verantwortlichen zu einer – schon erprobten – Methode des Jahres 1926 zurückgegriffen, auch sonst kam Bewegung in die Magistratsabteilung. Es sollte gar nicht mehr so lange dauern, bis auch die Bezeichnung Fürsorgerin, Organisationsfürsorgerin, Fachfürsorgerin für Erziehungsfragen und Funktionsfürsorgerin – mittlerweile liebevoll Orga und Fafü genannt, aber immer noch Relikte aus der NS-Zeit, endlich abgeschafft werden sollten.



Broschüre zur Pflegeelternwerbung aus den 60er Jahren

Die neue Generation

Vietnamkrieg, Mondlandung und Studentenbewegung

Die Welt hatte sich seit dem Ende des 2. Weltkrieges verändert. Nachrichten gelangten schneller um den Globus. Die Kommunikation wurde rascher und intensiver. Damit konnten Trends und Inhalte von Bewegungen und Gegenbewegungen schneller transportiert werden. Kalter Krieg und ideologische Teilung Europas, getrennt durch den Eisernen Vorhang und Mauern, aber auch erbarungsloser Krieg der Amerikaner in Indochina, Korea und Vietnam prägte. Die Jugend begann sich aufzulehnen, wollte eine Gegengesellschaft bilden. Weltweit wurde gegen den Vietnamkrieg demonstriert, aber auch gegen Rassendiskriminierung. Angela Davis, Martin Luther King und Che Guevara wurden zu Galionsfiguren der Jugend. Auch die Musikszene wurde vielfältiger und prägte ganze Generationen. Jugendliche formierten sich in Bewegungen – Mods, Teds, Hippies, Skins und Punks – jede Kultur mit eigenen Bekleidungsansprüchen und Musik. Die Studentenbewegung politisierte, wollte Demokratie beim Wort nehmen und umsetzen. Demgegenüber stand rigides Vorgehen der Politik. Als Antwort auf zaghafte Reformen des Prager Frühlings rollten und schossen sowjetische Panzer. Bei Demonstrationen im „goldenen Westen“ wurde Tränengas eingesetzt und Teilnehmer⁴ erschossen. Auf Leitfiguren der Studentenbewegung⁵ wurden Attentate verübt. Junge Extremisten gingen in den Untergrund, nahmen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik als Geiseln, schmissen Bomben, zerstörten Leben – auch ihr eigenes. Terrorattentate und Flugzeugentführungen hielten die Welt in Atem. Die Amerikaner landeten auf dem Mond.

In Österreich war das alles auch zu spüren – nur abgeschwächt und oft verzögert.

Jahrelang war „Die Hitparade“ mit Eva Maria Kaiser und „Die Musicbox“ mit Andre Heller – immer nachmittags um 15 Uhr – die einzigen Musiksendungen, in denen Musik für die Jugend gespielt wurde.

Literatur und Liedern, die im Dialekt verfasst waren, wurde die Ernsthaftigkeit und Seriosität lange abgesprochen. Meine Deutschlehrerin im Gymnasium konnte das Wort „Rozznjogd“⁶ gar nicht aussprechen und schrieb es an die Tafel.

Jugendliche kämpften mit den Eltern um jeden Zentimeter Haarlänge und um die Blue Jeans, die unten ausgefranst sein mussten, von Müttern aber stets abgeschnitten und feinsäuberlich gesäumt wurden. Alle, die längere Haare hatten, wurden „Gammler“ genannt und das tägliche Leben wurde erschwert durch einen Generationenkonflikt, der in vielen Facetten ausgetragen wurde. So nannte Andre Heller einen bei unseren Eltern allseits beliebten Unterhalter⁷ das „Brechtreizmittel der Nation“ und der Parteivorsitzende der SPÖ und spätere Bundeskanzler Bruno Kreisky Günther Nenning einen „Wurstel“.

Anfang der 70er Jahre entstand in Österreich auch ansatzweise eine autonome Frauenbewegung und – anfangs noch zaghafte – eine Ökologiebewegung.

Im Sommer 1976 sorgte die Besetzung des Auslandsschlachthofes in St. Marx für Schlagzeilen. Dieser sollte abgerissen werden, wurde von Jugendlichen besetzt und über drei Monate gehalten. Es gab dort eine Gemeinschaftsküche, ein Kinderhaus, ein Frauenhaus, Künstlerwerkstätten. Alle Beschlüsse wurden demokratisch im Plenum gefasst – auch das Ende der Besetzung am 6. Oktober. Am 12. Oktober überrollten dann die Planiermaschinen das Gelände. Der Inlandsschlachthof wurde als Ersatz

Die Jugend lehnt sich gegen die herrschende Gesellschaft auf

Besetzung führt zum Kulturzentrum Arena

1. Jugend-Infocenter

Studentenbewegung solidarisierte sich mit Randgruppen, auch mit Heimkindern

zur Verfügung gestellt und wird seit 1977 als Autonomes Kulturzentrum Arena geführt.

1978 sprach sich eine knappe Mehrheit der ÖsterreicherInnen gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf aus. Die Regierung reagierte darauf eher beleidigt. Die Alternativ- und Ökologiebewegung erhielt dadurch jedoch Auftrieb und konnte auch 1984 bei der Besetzung der Hainburger Au auf breite Unterstützung der Bevölkerung zählen. Den jugendlichen Besetzern, die nicht permanent in der Au sein konnten, wurde am Heimweg nach einer Nacht in der Au in der Straßenbahn von älteren Menschen Platz gemacht. Erkannt wurden die Aubesetzer am Stroh in den Haaren und rinnenden, roten Nasen, denn die Besetzung der Au fand im Dezember statt.

Viel war in Bewegung. Die ersten Frauenhäuser entstanden. Für autonome Projekte gab es offene Ohren und Subventionen. In der Gassergasse wurden die Räumlichkeiten der WÖK, die umgesiedelt war, besetzt. In diesem Haus richteten die Besetzer zwei Alternativschulen und zwei Kindergruppen ein. Als das Objekt zwei Jahre später doch abgerissen wurde, stellte die damalige Jugendstadträtin Gertrude Fröhlich - Sandner ein Ersatzobjekt in der Hofmühlgasse zur Verfügung. Es entstand tatsächlich eine Art Gegengesellschaft mit Wohngemeinschaften, Lebensgemeinschaften ohne Trauschein und Kindergruppen in Elternselbstverwaltung.

Der neue Weg des Jugendamtes

1968 begannen SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen Jugendliche nach ihrer Entlassung aus der Heimerziehung nachzubetreuen. Dieses Projekt, vom Jugendamt gemeinsam mit dem Verein „Rettet das Kind“ durchgeführt, war der Vorläufer für die spätere

Jugendintensivbetreuung, die auch der Vorbeugung von Heimunterbringungen diente. 1975 wurde die erste Sozialarbeiterin des Jugendamtes als hauptamtliche Jugendintensivbetreuerin eingesetzt.

Als Reaktion auf neue Tendenzen in der Jugendbewegung wurde 1973 das erste Info-Center eröffnet. SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und ein Psychiater betreuten Jugendliche mit diversen Problemen, gaben aber auch Auskünfte über Freizeitangebote; und es gab eine Art Clubbetrieb. Ebenso wurden Schwerpunktaktionen wie „Schüler mit Problemen“ zur Zeit der Zeugnisverteilung durchgeführt. In den folgenden Jahren folgten weitere Info-Center. Jenes in der Röttergasse hatte 1980 auch eine Zeitlang die Funktion eines Kinderschutzzentrums, wo Jugendliche kurzfristig übernachten konnten.

1973 trat ein neues Jugendschutzgesetz in Kraft, das auf Drogenmissbrauch oder Benutzung von Spielautomaten rigoros reagierte, andererseits Bereiche, wie z.B. Besuche von Tanzveranstaltungen liberalisierte. Das Jugendamt gab als Aufklärung zum neuen Gesetz die Broschüre „Wasser bis zum Hals“ heraus.

Die Studentenbewegung solidarisierte sich mit Randgruppen, zu diesen zählten auch Heimkinder. SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen und PolitikerInnen begannen, sich mit den Grenzen der Möglichkeiten der Heimerziehung auseinanderzusetzen. Die Heimerziehung war noch immer durch eine Weisung aus dem Jahr 1952 geregelt. Bei Fehlverhalten wurde mit Entzug von Begünstigungen bis zur Vorführung vor den Heimdirektor reagiert. Letzteres war schlimmer als Ersteres. Briefe an zu Hause wurden zensuriert. Es entwickelte sich eine Protestbewegung gegen Heimerziehung. Betroffene, aber auch SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen zeigten Missstände auf. Die

„Spartakusbewegung“ – eine Aktion gegen Heimerziehung – gab die Zeitschrift „Nachricht für Unzufriedene“ heraus. Die Parole war „Öffnet die Heime!“.

Die anhaltende Kritik an der Heimerziehung führte zur Enquete „Aktuelle Fragen der Heimerziehung“ im Wiener Rathaus im Jänner 1971. Protestierende Jugendliche störten die Eröffnung der Tagung. Die „Wiener Heimkommission“ wurde eingesetzt und erarbeitete Reformvorschläge. So wurden die Ausgangsregelungen gelockert und Taschengeld eingeführt, die Gruppengrößen reduziert, es wurden nach Alter gestaffelte Gruppen eingeführt.

Im Heim Wilhelminenberg wurde eine Familiengruppe eingerichtet, in der Buben und Mädchen im Volksschulalter gemeinsam in einer Gruppe lebten, die von einem Erziehersteam kollektiv geführt wurde, das durch Mitarbeiter der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kinder- und Jugendalters supervidiert wurde. Daraus entstand dann das Therapiekinderheim „Im Werd“, wo Kindern therapeutisch orientierte Betreuung angeboten wurde.

Von „Teamarbeit“ zum Großsprengel

Jedoch nicht nur die Heimerziehung schrie nach einer Reformierung, auch in der Sozialarbeit, wurde die Forderung laut, auf die veränderten Bedingungen in der Gesellschaft, in den Familien zu reagieren. Das Jugendamt veranstaltete laufend Enqueten, um die Forschungsergebnisse aus Psychologie, Pädagogik und Psychiatrie für die Praxis der Sozialarbeit nutzbar zu machen. Die Enquete „Moderne Familienfürsorge“ im Jahr 1974 leitete die Entwicklung von der traditionellen Jugendfürsorge zur „Sozialarbeit im Dienste der Familie“ ein. Das Angebot des Jugendamtes sollte verstärkt Servicecharakter aufweisen.



Kinderzimmer im Heim Hohe Warte

Im Anschluss an diese Enquete wurde eine Kommission unter der Leitung von Univ.Prof.Dr. Spiel eingesetzt, die Vorschläge für eine Neuorganisation des Jugendamtes ausarbeiten sollte. Das erste Ergebnis war die Einführung von „Teamarbeit“ in drei Modelljugendämtern. Eines davon war das Jugendamt Ottakring. Diese Teamarbeit sah vor, dass der Amtsleiter, die FürsorgerInnen, der Psychologe und ein von der Klinik beigestellter Psychiater regelmäßig Fallbesprechungen durchführen sollten. Weitere Ergebnisse waren die Durchführung von Gruppenarbeit mit Kindern und Müttern sowie die Errichtung von Freizeitzentren für Jugendliche. In einem Interview mit der Zeitschrift „betrifft: Sozialarbeit“ erklärte der damalige Abteilungsleiter Obersenatsrat Dr. Prohaska:

„Es ist unsere Absicht, die Sozialarbeit näher an den Klienten heranzubringen. Dazu müssen bestehende Strukturen, die vielleicht heute nicht mehr ganz zeitgemäß sind, den gesellschaftlichen Realitäten angepasst werden. Der Charakter des Jugendamtes als Helfer der Familie und Anwalt der Jugendlichen soll stärker betont werden.“

Jugendamt:
Helfer der
Familie, Anwalt
der Jugendlichen

Wir meinen, dass eine Differenzierung und Regionalisierung der Angebote der sozialen Dienste ein Weg dazu wäre, klientenzentrierter zu arbeiten. (...) Wir verfolgen mit diesen Modellen zwei Ziele: größere Effektivität für den Klienten und natürlich auch größere Attraktivität für die Sozialarbeiter durch Verbesserung des „Betriebsklimas“. Damit ist natürlich die Hoffnung

aus, in der sie sich kritisch mit Methoden der Sozialarbeit, aber auch Entwicklungen und Tendenzen in der Gesellschaft auseinandersetzen. Themen wie Gastarbeiter, Drogenmissbrauch, Fristenlösung, mangelnde Bildungschancen und Gleichberechtigung der Frauen wurden behandelt. 1979, anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Zeitung, wurde eine „Sozialarbeitermesse“ veranstaltet, bei der neue und alternative Projekte im Sozialbereich aus ganz Österreich vertreten waren.



Titelseite von „betrifft: Sozialarbeit“ vom Juni 1979

Im Jugendamt hielten neue Ansätze Einzug. Junge Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter brachten neue Ideen ein und erkämpften deren Umsetzung. Im Jugendamt Ottakring verließen fünf Kolleginnen und Kollegen erstmals die traditionelle Sprengelsozialarbeit, indem sie ihre jeweiligen Sprengel (Bezirksgebiete) zu einem Großsprengel zusammenschlossen und die anfallende Arbeit nach Bedarf, Interesse und Neigung untereinander aufteilten. Dieses Großsprengelmodell sollte in den kommenden Jahren, neben dem herkömmlichen Einzelsprengelsystem, von vielen anderen Bezirksjugendämtern übernommen werden. Es hatte den Vorteil, dass die SozialarbeiterInnen im Team arbeiten und reflektieren konnten, was die Qualität der Angebote steigerte.

Eine der Mitbegründerinnen des ersten Großsprengels war Brigitte Zinner, heute Leiterin des Dezernates Jugendwohlfahrt. Sie begann 1975 am Jugendamt Ottakring, durchlief die übliche Einschulung von einem Jahr und tat sich dann mit anderen ebenfalls relativ neuen Kolleginnen und Kollegen zusammen. Sie schildert diese Zeit der Reformschritte, in der auch die Aufgaben der Organisationsfürsorgerin und der Fachfürsorgerin für Erziehungsfragen in der Person der Funktionsfürsorgerin zusammengefasst wurden:

verbunden, dass diese Angebote, die eher den Erwartungen der jüngeren Sozialarbeiter entsprechen, auch angenommen werden.“

SozialarbeiterInnen hatten sich – in ihrer Freizeit – zum AKS⁸ zusammengeschlossen und gaben oben erwähnte Zeitschrift „betrifft: Sozialarbeit“ her-

Kritische
SozialarbeiterInnen
geben Zeitschrift
heraus

„Ich bin damals bewusst zum Jugendamt gegangen, auf Grund der Frustration während des Jugendamtspraktikums in der Ausbildung, mit dem ich irrsinnig unzufrieden war. Ich war entsetzt über die Art der Sozialarbeit, die dort geleistet wurde. Das Jugendamt war schrecklich rigid, grauslich zu den Klienten. Also, ganz das Gegenteil, was wir uns unter Sozialarbeit vorgestellt und vorgenommen hatten. Ich hatte einen Sprengel, und Sprengel hat damals bedeutet: 100 Kinderkarten, angeordnet mindestens 20 Hausbesuche im Monat, wobei es dafür keine Qualitätsmerkmale gegeben hat. Hausbesuche waren auch Mündelbesuche, wo man halt Mündel besucht hat und geschaut hat, ob eh alles in Ordnung ist. Aber auch ganz schwierige Hausbesuche, so wie das heute auch ist, also Hausbesuche in der jetzigen Qualität, wo man wirklich versucht hat, was abzuklären und zu besprechen. Mit meiner Einschulung war ich sehr unzufrieden und zum Teil war ich als „Dissidentin“ unterwegs, was mich unheimlich motiviert hat besonders viele Hausbesuche zu machen, weil dort konnte ich mit meinen Klienten so reden, wie ich mir das vorgestellt habe und niemand hat sich eingemischt. Im Amt war es so, dass die Klienten den Namen der zuständigen Sozialarbeiterin nicht wissen durften, nach der Sprechstunde hatte niemand mehr zu kommen. Es wurde unheimlich viel und schnell „überstellt“. Das Ziel, mit den Klienten an einer Veränderung zu arbeiten, gab es einfach nicht. Die hätten machen sollen, was Sache ist oder die Kinder waren halt weg. Gleichzeitig gab es aber diese angeordneten Teams, wo es geheißen hat, man setzt sich zusammen und bespricht Fälle. Da konnte man aber nicht offen reden, weil sonst der Amtsleiter dreingefahren ist, was dazu geführt hat, dass die Funktionsführerin irre Anstrengungen unternommen hat, dafür zu sorgen, dass

Fälle in geordneter Weise besprochen wurden. Diese Teamarbeit war sehr frustrierend, weil das keine Veränderung für die Klienten gebracht hat. Die Idee zum Großsprengel entstand dann auch aus so einer Frustration heraus. Wir sind dagesessen und haben gesagt, jetzt schmeißen wir alle unsere Fälle auf einen Haufen und jeder nimmt sich die Fälle, die er betreuen will. Damals hat gerade die „große Reform“ am Jugendamt begonnen, die neue Fachaufsicht war fortschrittlicher als die Strukturen insgesamt und als viele Kolleginnen an der Basis. Konkret haben wir 1977 mit dem Großsprengel begonnen. Wir haben erstmals die Fälle bewertet und in Betreuungsfälle und Evidenzkarten geteilt. Das war ein ganz wichtiger Schritt, den Kataster aufzuteilen und die Fälle zu bewerten. Es war auf einem viel niedrigeren Niveau als wir das heute tun, aber es war wichtig, nicht zu sagen ich habe 80 Kinderkarten, sondern 20 Betreuungsfälle, das bedeutet, da hab ich ein Ziel, da bemühe ich mich um eine Veränderung. Für die Evidenzkarten, das waren Mündelkarten, aber auch jene Kinder, die fremduntergebracht waren, waren wir alle verantwortlich. Für die Betreuungsfälle immer nur einer. Unsere Klienten konnten auch nach 9 Uhr in die Sprechstunde kommen und trotzdem hieß das nicht, dass wir alle ständig Sprechstunden machen mussten, weil wir ja zusammenarbeiteten und uns gegenseitig vertraten. Der Amtsleiter war absolut dagegen, weil damals waren alle „Zusammenrottungen“ verboten und haben große Ängste ausgelöst. Vielleicht aber auch deshalb, weil solche Leute auch gespürt haben, da tut sich etwas und da ist einiges im Begriff sich zu verändern. Es war nicht erwünscht, dass sich die „Latzhosen-Sozialarbeiter“ zusammenschließen und eine Front bilden. Es gab viel Widerstand auch von Seiten der Kollegen aus den Einzel-

Kritik an der Praxis der Sozialarbeit, neue Modelle zur Verbesserung

sprengeln. Denen machte vor allem die Verwässerung des Parteienverkehrs und die Einführung der Abendsprechstunde Angst. Die hatten einfach Sorge, dass dieser Stil von ihnen übernommen werden muss. Unterstützung erhielten wir da von der Fachaufsicht, der dieser klientenorientierte Umgang gefallen hat und nicht zuletzt auch vom Dezerenten und vom Abteilungsleiter. Denen war in der Reformierung halt auch wichtig, dass sie was herzeigen konnten. Es hatte aber auch tatsächlich Auswirkungen auf die Haltung der Abteilung. Man hat erstmals methodisch-fachliche Tendenzen gelebt und auch unterstützt und die nachkommende junge Basis hat sich dann auch mehr getraut, ebenfalls Veränderungen anzugehen. Es folgten dann weitere Grobsprengel in anderen Ämtern. Es war aber auch der damalige Zeitgeist, der Veränderungen möglich machte.“

Von der Fürsorgerin zur Sozialarbeiterin, vom Jugendamt zum Amt für Jugend und Familie

Auch inhaltlich passte sich das Angebot des Jugendamtes den Bedürfnissen der Familien und Jugendlichen an. So wurde ergänzend zur traditionellen Kinder- und Jugenderholung der „Familienurlaub“ eingeführt. Finanziell schlecht gestellten Familien wurde die Möglichkeit geboten, zwei Wochen in extra angemieteten Pensionen Urlaub zu machen, begleitet von Betreuern. Der erste Familienurlaub im Jahr 1979 hatte noch sehr sozialtherapeutischen Charakter. Ebenfalls im Jahr 1979 richtete das Jugendamt in Zusammenarbeit mit dem Verein „Rettet das Kind“ das Projekt Streetwork ein. Junge Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter arbeiteten dort, wo sich die Jugendlichen aufhielten – also auf der Straße, in Parks und U-Bahnstationen und in Beisl. Anony-

mität, Parteilichkeit und Freiwilligkeit des Kontaktes waren oberstes Prinzip, weshalb die SozialarbeiterInnen auch nicht vom Jugendamt, sondern vom Verein „Rettet das Kind“ angestellt wurden. Dieser Status von Privatangestellten ließ ihnen mehr Frei- und Spielraum. Eine Streetworkgruppe arbeitete in der Drogenszene, die andere im Jugendbereich mit sogenannten Randgruppen wie Fußballfans.

In den frühen 80er Jahren hatte das Phänomen der randalierenden Fußballrowdies auch Österreich, vor allem Wien, erreicht. Meldungen von Schlägereien auf Fußballplätzen und demolierten Stadtbahnwagons an Matchtagen regten die Bevölkerung auf und veranlassten die Stadtregierung zu reagieren. Vor allem auch deshalb, da den Fußballrowdies auch Kontakte zur rechtsextremen Szene nachgesagt wurden. Diese waren, wenn auch nur im geringen Ausmaß, tatsächlich vorhanden. In den Bezirksjugendämtern wurde verstärkt Soziale Gruppenarbeit für Kinder und Jugendliche angeboten, ebenso Mütterstunden und Pflegeelternstunden. Am 10. November 1981 beschloss der Wiener Stadtsenat in seiner Sitzung die neue Amtstitelverordnung. Fürsorgerinnen erhielten die Bezeichnung Sozialarbeiter und zwar in den Dienstklassen III bis V, ab Dienstklasse VI lautete die Bezeichnung Amtsrat. Die Sitzungsprotokolle wurden jedoch bis April 1982 noch „Sitzungsprotokoll der Funktionsfürsorgerinnen“ genannt und erst danach „Protokolle der Sitzung der leitenden Sozialarbeiter“. Erst später wurde wieder die weibliche Bezeichnung eingeführt. Allerdings hielt sich im Volksmund der Ausdruck „Fürsorgerin“ noch lange Zeit sehr hartnäckig. Die Ausbildungsstätten warben ja schon lange mit dem Begriff Sozialarbeit und dem Slogan „Sozialarbeit ist mehr als Fürsorge“.

Im Herbst 1983 kam es auch zu einem

außergewöhnlichen Treffen zwischen den Jugendämtern Wien und München. Ein Fußball- und Volleyballturnier in der Sporthalle Liesing⁹ fand statt. Eine Auswahl des Wiener Jugendamtes spielte gegen die „Scharfen Socken Jugendamt München“. Dabei kam es fast zu einem Eklat, als der Legionär¹⁰ der Wiener wenige Sekunden vor dem Schlusspfiff den Ausgleich zum 4:4 schoss und triumphierend den Mittelfinger hob, eine Geste, die ihm viel Kritik einbrachte, weshalb er zum Rückspiel nach München nicht mitgenommen wurde. Die Revanche der Münchner beim Heimspiel im Frühjahr 1984 war dann auch fürchterlich. Ein Spieler¹¹ der Wiener, erinnert sich noch, dass „ma obissn ham“. Das Spiel endete 11:4. Wie der Wettstreit der Frauen im Volleyball endete, konnte ich leider nicht mehr in Erfahrung bringen.

1984 fand in den Räumen der Kinderübernahmestelle, also des Julius Tandler Zentrums, die Ausstellung „Wien und seine Kinder“ des Psychologischen Dienstes des Jugendamtes statt, die die Entwicklung der Jugendwohlfahrt aufzeigte.

Am Ende des Jahrzehnts trat ein neues Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) in Kraft. Uneheliche Mütter wurden automatisch mit der Geburt ihrer Kinder auch deren gesetzliche Vertreterin. Aber auch die Tätigkeit im Jugendamt, das nun „Amt für Jugend und Familie“ hieß, wurde klarer geregelt. Erstmals wurde unterschieden in „Soziale Dienste“ (§12) und „Unterstützung der Erziehung“ (§33), diese bedurften ab diesem Zeitpunkt einer schriftlichen Vereinbarung mit den Erziehungsberechtigten.

Eine Studie der Arbeiterkammer hatte endlich bewiesen, dass Kinder berufstätiger Mütter keine schlechteren Entwicklungschancen hatten. Auch sickerte langsam ins Bewusstsein der Menschen, dass Väter an der Erziehung

ihrer Kinder maßgeblich beteiligt sein sollten. Das Amt für Jugend und Familie setzte auch dazu einen Schritt, indem es die allseits bekannte Mutterberatung in „Elternberatung“ umbenannte. Die dort diensthabenden SozialarbeiterInnen sollten in den zu führenden Statistiken auch die anwesenden Väter zählen, allerdings blieb diese Spalte oft leer. Die nun Elternberatung genannte Mutterberatung blieb weiterhin ein zentraler Aufgabenbereich, allerdings wurden die SozialarbeiterInnen mit den Aufgaben, die sie dort hatten, bzw. mit den Bedingungen immer unzufriedener. Die zum Teil noch aus der Zwischenkriegszeit stammenden und seither kaum adaptierten Räumlichkeiten boten keine Gelegenheit für Beratungsgespräche, da es keinerlei Rückzugsmöglichkeit

Neues Jugendwohlfahrtsgesetz, Amt für Jugend und Familie, Elternberatung



Beim Abwiegen in einer Mutterberatung

gab und zwischen wartenden Müttern und schreienden Babys und Kleinkindern, zwischen wiegen und messen war kein Platz dafür. Auch wurde die Forderung nach zusätzlichen Angeboten für junge Eltern laut. Stillgruppen, Krabbelrunden, Müttercafés sollten angeboten werden. Mit der Schaffung der ersten Eltern-Kind-Zentren wurde das Angebot beträchtlich erweitert und attraktiver gemacht. 1992 folgte dann das erste Besuchscfé.

⁹ An Ort und Zeit erinnerte sich noch der MAG ELF Psychologe Dr. Claus Hollmann

¹⁰ Streetwork-Leihgabe Willi Ruthner

¹¹ Alfred Otti

„Wirtschaftliche Hilfen“ zur finanziellen Unterstützung

Das neue Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz (Wr. JWG) brachte aber eine zusätzliche Ressource, die von den SozialarbeiterInnen sehr begrüßt wurde. Mit der Möglichkeit von „Wirtschaftlichen Hilfen“ nach § 18 Abs 3 Wr. JWG konnten Familien in Krisensituationen finanziell unterstützt werden und somit sinnvolle Interventionen gesetzt werden. Auch sah das Ansuchen vor, dass Hilfesuchende selbst ihre Notlage beschreiben und aktiv mitarbeiten mussten.

Bedingt durch die dramatischen Ereignisse in Jugoslawien flohen viele Menschen nach Österreich. In Wien wurden viele Flüchtlingsheime eingerichtet. Diese Menschen hatten nichts. Ihre Betreuung war ein wichtiges Thema, doch durch Sprachbarrieren schwer zu bewerkstelligen. Dieser Aufgabe und der Tatsache, dass in einigen Bezirken Wiens der Anteil an nicht Deutsch sprechender Bevölkerung sehr hoch war und viele dieser Menschen auch zum Klientel der Jugendämter gehörten, wurde Rechnung getragen und Dolmetscher beigelegt, aus Kostengründen keine ausgebildeten, sondern oft aus den Reihen der Flüchtlinge stammende Männer und Frauen.

Im Sommer 1988 berieten zehn Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Abteilung in einer vierstündigen Sitzung über Wünsche und Vorstellungen der Sozialarbeit im Jugendamt und der Entwicklung der Jugendwohlfahrt für die Zeit von 1990 bis 2000. Als Ergebnis wurde die Einrichtung einer „Zukunftswerkstatt“ angeregt, in der zu einzelnen Themenbereichen notwendige Veränderungen erarbeitet werden sollten. Diese wurde installiert und traf am 4. November zur Eröffnungsbesprechung mit dem Abteilungsleiter OSR Dr. Prohaska zusammen. Die Gruppe war mit zwölf Mitgliedern aus den verschiedensten Bereichen der Abteilung be-

wusst klein gehalten, sollte monatlich zusammentreffen und sich unter Beiziehung von Experten mit verschiedenen Themenbereichen auseinandersetzen.

Ab Jänner 1989 tagte die Zukunftswerkstatt und erarbeitete Konzepte und Strategien zur Umsetzung. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Auseinandersetzung zum Thema Regionalisierung, das damals international im Trend lag. Der Arbeitskreis stellte prinzipiell fest, *„dass der Tendenz, Angstmachendes auszugrenzen und wegzusperren, von Seiten des Jugendamtes entschieden entgegengewirkt werden muss. Der ambulanten Arbeit mit schwierigen Kindern und Jugendlichen ist absolute Priorität einzuräumen“*¹² Das „Fiduz“, eine Wohngemeinschaft, die auch als regionales Krisenzentrum geführt wurde, war 1990 eines der ersten Ergebnisse der Zukunftswerkstatt. Erstmals arbeiteten SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen in einem Team in der Fremdunterbringung zusammen. Auch war das Fiduz die erste regionale Ressource.

Aber auch Tendenzen in der Stadtentwicklung wurden analysiert. So hatte sich der innerstädtische Raum immer mehr dazu entwickelt, zwar als Arbeitsort attraktiv zu sein, jedoch wenig Akzeptanz als Wohnraum für Familien zu finden. Familien der Mittel- und Oberschicht zogen verstärkt an den Stadtrand, während die „Unterschicht“ und Ausländer in den innerstädtischen Gebieten wohnen blieben. Dies führte zu „Ballungsgebieten“ z.B. von schlecht verdienenden Familien mit schlechten, kleinen Wohnungen sowie zu hohem Ausländeranteil in manchen Regionen. Andererseits schossen an den Stadträndern riesige Wohnsiedlungen aus dem Boden und die zuständigen Jugendämter spürten diesen Zuzug von hauptsächlich Familien mit Kindern an den steigenden Klientenzahlen. Die

Zukunftswerkstatt erarbeitet neue Konzepte

Wohnungen waren oft teuer, die Einrichtung wurde auf Raten bei Versandhäusern gekauft. Wenn dann unerwartete Ereignisse - wie Verlust des Arbeitsplatzes oder Trennung - eintraten, gerieten die Familien ins Dilemma. Der Arbeitskreis war sich einig, dass das Jugendamt nicht für Grundsicherung zuständig sein sollte, sondern vielmehr dafür, zusätzliche Verbesserungen und Angebote zu schaffen.

In Wien lag die Säuglingssterblichkeitsrate in den Jahren 1980 bis 1987 mit zwölf Prozent deutlich über dem Österreichdurchschnitt. Auf Schwangerenbetreuung sollte daher verstärkt Augenmerk gerichtet werden. Dies wollte man mit Ausbau der Serviceangebote in der Schwangeren- und Kleinkinderberatung erreichen, weshalb die Elternberatung verstärkt in Eltern-Kind-Zentren ausgebaut werden sollte. Bis 1993 entwickelte die Zukunftswerkstatt einen Fahrplan für die weitere Entwicklung in der Jugendwohlfahrt und erarbeitete Vorschläge zu deren Umsetzung. Dabei zieht sich die Diskussion um Spezialisierung der SozialarbeiterInnen in den Ämtern ebenso wie ein roter Faden durch alle Protokolle, wie der Hinweis der Fachaufsicht Inge Hölzl, dass eine Personalaufstockung unbedingt erforderlich sei, da immer mehr Angebote mit Servicecharakter zu den traditionellen Aufgaben hinzukamen. Die später durchgeführte Organisationsanalyse der Abteilung, die Reform der Fremdunterbringung „Heim 2000“, aber auch die unter dem Schlagwort „Splitting“ schon lange zumindest von Seiten der SozialarbeiterInnen geforderte Trennung der Bereiche Sozialarbeit und Rechtsfürsorge auf der hierarchischen Ebene wurden auch von der Zukunftswerkstatt artikuliert.

Heim 2000 und ein neues Sozialarbeits-Modell in Ottakring

In den letzten 10 Jahren hat sich in der Abteilung so viel verändert, dass es sehr schwer ist eine Auswahl zu treffen, was davon in diesem Bericht erwähnt werden soll.

Ein Meilenstein war sicher die neuerliche Heimreform. In den zu Ende gehenden 80er Jahren waren die Überstellungen von Kindern in Heime stark zurückgegangen und hatten sich auf jährlich rund 600 eingependelt. Die Zahl der Heimplätze wurde reduziert. Dann kam 1992 ein dramatischer Anstieg auf 1.000 überstellte Kinder. Es war die höchste Zahl seit elf Jahren. Und niemand wusste wohin mit den vielen Kindern. In einigen Heimen wie Biedermannsdorf, Klosterneuburg, Lindenhof und Hohe Warte waren Flüchtlingsfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien - aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina - untergebracht. Die Kinderübernahmestelle in der Lustkandlgasse - mittlerweile Julius Tandler Familienzentrum genannt - platzte aus allen Nähten und war alt und abgewohnt. Die MitarbeiterInnen dort waren überlastet und heillos überfordert. Es war kaum möglich, ein Kind in einer Krisensituation dort unterzubringen.

Tagelang mussten die SozialarbeiterInnen der Jugendämter selber freie Heimplätze suchen, die es nicht gab. Als erste Reaktion wurde im Oktober 1993 eine Krisenwohngruppe für 12 bis 14-jährige Burschen in der Oberen Augartenstraße eröffnet. Es folgte das Krisenzentrum in der Columbusgasse im 10. Bezirk im August 1994, in das schulpflichtige Kinder aus der Region zur Abklärung der Krisensituation für sechs Wochen gebracht werden konnten.

Ab Mai 1995 traf sich regelmäßig ein Arbeitskreis von MitarbeiterInnen der

Zehn Jahre mit vielen Veränderungen

Das erste Krisenzentrum

Wohngemeinschaften statt Großheimen

MA 11 mit dem Leiter der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters Prof. Walter Spiel und seinem damaligen Mitarbeiter und späterem Nachfolger Dr. Max Friedrich. Dieser Arbeitskreis sollte eine Reform der Heimerziehung erarbeiten, die eine Dezentralisierung der Unterbringung und die Schaffung von regionalen Krisenzentren vorsah.



Eingang des Krisenzentrums Sandleiten

Jugendamt Ottakring: neues Konzept für die Sozialarbeit

Im Oktober 1995 wurde eine Tagung unter dem Titel „Heim 2000“ abgehalten und danach mehrere Arbeitsgruppen eingesetzt, die bei einer Enquete im Mai 1996 ihre Ergebnisse präsentierten.

In den folgenden Jahren wurden wienweit Krisenzentren geschaffen, die nach dem oben beschriebenen Konzept der Columbusgasse arbeiten. Für Burschen und Mädchen über 15 Jahre gibt es je ein überregionales Krisenzentrum. Babys und Kleinkinder werden bei Krisenpflegefamilien untergebracht. Ziel ist, es in einem Zeitraum von sechs bis acht Wochen zu klären, ob eine Herausnahme des Kindes aus der Familie zwingend erforderlich oder ob durch Zuschalten von unterstützenden Maß-

nahmen eine Belassung in der Familie möglich ist. Wenn die Kinder doch untergebracht werden müssen, so soll das vorzugsweise in der Region, aus der sie kommen, erfolgen, um ihnen ihr gewohntes Umfeld möglichst zu erhalten. Das Motto heute ist „So lang wie nötig – so kurz wie möglich.“ und der erste Tag der Fremdunterbringung sollte auch der Beginn der Rückführungsarbeit mit den Eltern sein. Manchmal scheitert das jedoch an der Kooperation und den Möglichkeiten der Eltern. Die großen Heime werden sukzessive geschlossen und durch kleine Wohngemeinschaften mit acht Kindern und Jugendlichen ersetzt.

Anlässlich einer Enquete zum Reformprojekt „Heim 2000“ im März 1996 wurde auch ein neues Arbeitsmodell im Jugendamt vorgestellt. Und dieses Modellamt war das Jugendamt Ottakring!

Wie schon in den 70er Jahren, als das Jugendamt Ottakring mit der Gründung des ersten Großsprengels neue Wege ging, war es auch jetzt so. Unter der engagierten Führung der Leitenden Sozialarbeiterin Ute Harasek erarbeiteten die MitarbeiterInnen – neben dem laufenden Betrieb wohlgernekt – ein neues Konzept und stellten den gesamten Arbeits- und Zuständigkeitsbereich um. So verließ man die Zuständigkeit für Familien nach Adresse und entwickelte fachspezifische Teams, die je nach Inhalt des Anliegens oder des anfallenden Problems der Familien ihre Zuständigkeit definierten. Drei Teams wurden gebildet. Eines mit klarer Zuständigkeit für „Unterstützung der Erziehung“. Dieses arbeitete multiprofessionell unter Einbeziehung einer Sozialpädagogin und einer Psychologin. Ein Team hatte eine klare Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Familien leben können, also fremduntergebracht sind, aber auch für Kinder und Jugendliche,

die sich aus welchem Grund auch immer ratsuchend an das Jugendamt wandten. Das dritte Team befasste sich mit den „Sozialen Diensten“, also mit Beratung und Unterstützung bei Anliegen wie finanzieller Unterstützung bis Erziehungsproblemen, der Abwicklung der Sprechstunden sowie der Bearbeitung von Gerichtsakten.

Diese Teams arbeiten in Krisenfällen zusammen. Wie alles Neue, wurde auch dieses Modell von außen argwöhnisch betrachtet und es bildeten sich bald zwei Lager. Die Befürworter lobten das Modell als sinnvoll und zielführend. Die Gegner nannten es unklar und verwirrend. Die KlientInnen nahmen es positiv auf. Kundenzufriedenheitsbefragungen in der Regionalstelle bescheinigen dem Modell immer gute Werte und hohe Zufriedenheit. Aber einer Hilfesuchenden ist es schlichtweg egal, ob sich jemand auf Grund der Adresse oder des Problems zuständig fühlt, Hauptsache ist, dass die Zuständigkeit da ist und beraten und geholfen wird.

Vorteile bringt so ein Modell für die MitarbeiterInnen und für die Qualität der geleisteten Arbeit. Spezialisierung steigert die Qualität und klare Arbeitsinhalte, im besten Fall noch nach Neigung gewählt, erhöhen die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen. Das Modell aus Ottakring hat mittlerweile in diversen Abänderungen und Modifizierungen viele Nachfolgerinnen erhalten. Viele Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien – ehemalige Bezirksjugendämter – arbeiten heute in Clearing- und Betreuungsteams, haben das alte Sprengelsystem verlassen. Und Ottakring war wieder einmal Vorreiter!

Der Wal MAG ELF

Eine umfassende Organisationsanalyse von 1995 bis 1997 machte die Notwendigkeit einer Umorganisation der Ab-

teilung deutlich, die von der neuen Abteilungsleiterin, Frau OSR Mag. Renate Balic - Benzing, seit 1996 zügig durchgeführt wurde. So wurden die Dezer-nate neu aufgeteilt, klarer geordnet und mit einer berufseigenen Leitung versehen. Das bedeutet, dass der Bereich Jugendwohlfahrt/Sozialarbeit der ehemaligen „Ämter für Jugend und Familie“ (früher „Bezirksjugendämter“) nun in eigenen Organisationseinheiten, den „Regionalstellen für Soziale Arbeit mit Familien“, von einer Sozialarbeiterin bzw. vereinzelt einem Sozialarbeiter geleitet wird, und die Regionalstellen Rechtsfürsorge – also die ehemaligen Berufsvormünder und heutigen SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge – von einer/einem RechtsfürsorgerIn. Auch wurden ehemalige Ämter in großen Bezirken geteilt und kleinere zusammengefasst, was Vorteile für die Organisation des Arbeitsablaufes brachte. Es gibt keine Amtsleiter und Amtsleiterinnen mehr, sondern Leitende SozialarbeiterInnen und Leitende RechtsfürsorgerInnen. Natürlich ging das – wie jede Veränderung von alteingesessenen Strukturen – nicht ganz reibungslos und einfach vor sich.

Ein Problem vermutlich nicht nur der Jugendwohlfahrt ist, dass immer nur auf Gegebenheiten in der Gesellschaft, auf Bedürfnisse der KlientInnen, seien es nun Kinder, Jugendliche oder Familien, reagiert wird. Bis im System einer Magistratsabteilung dieser Größe neue Methoden, Ansätze oder Strukturen geschaffen sind, haben sich meistens die Bedürfnisse und Probleme der KlientInnen schon wieder verändert.

Es muss permanent überprüft, analysiert, angepasst und verändert werden. Und das ist – auch auf Grund der gegebenen Ressourcen äußerst schwierig. Auch nimmt die Armut in Teilen der Bevölkerung wieder zu und dem gegenüber steht eine hochqualifizierte, Ange-



Das neue Logo der MAG ELF

Statt der „Ämter für Jugend und Familie“ nun Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien und Regionalstellen Rechtsfürsorge

Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der MAG ELF



Broschüre „G'sunde Watschn“ der
Medienkampagne der MAG ELF

botspalette. Die Schere klafft dann auseinander: bei zunehmender Verarmung bestimmter Bevölkerungsgruppen ist die Grundsicherung das vordergründige Problem. Der Bedarf an psychosozialer Betreuung wird von den KlientInnen zwar oft erkannt, aber häufig ist es schwierig, diese Angebote auch annehmen zu können. Eine Alleinerzieherin, die froh ist Arbeit zu haben, kann sich nicht frei nehmen, um ihr Kind regelmäßig in die Therapie zu bringen.

Da ein Bereich wie die Jugendwohlfahrt natürlich auch gesellschaftspolitisch einen wichtigen Auftrag hat und um Sensibilisierung der Gesellschaft für bestimmte Themen bemüht sein muss, wurde im bis dahin eher vernachlässigten Bereich „Öffentlichkeitsarbeit“ eine eigene Servicestelle geschaffen. Ursprünglich als Servicetelefon für die erste große „Antigewaltkampagne“ Ende 1997 ins Leben gerufen, ist die Servicestelle heute eine wichtige Ressource nicht nur für die MitarbeiterInnen, sondern auch für die Bevölkerung. Telefonische Erstberatung und Information wird kompetent und engagiert angeboten.

Außerdem wurden erstmals Medienkampagnen zu diversen Themen von „Problemen mit Säuglingen“ bis „Pubertätskrisen“ durchgeführt.

Die Abteilung erhielt ein Logo, den Wal, mit einem Babywal an der Seite. Ein Leitbild wurde gemeinsam mit den MitarbeiterInnen entwickelt. Als das Leitbild fertig war, gab es am 6. Oktober 2000 ein tolles Fest, meines Wissens das erste in der Geschichte der Abteilung. Und auch der Name wurde geändert: nicht mehr MA 11, sondern MAG ELF.

Zum Wäschepaket gibt es jetzt Rucksäcke und Dokumentenmappen mit dem Wal darauf. Und damit die KundInnen das auch nach Hause tragen können zusätzlich Papiertaschen ebenfalls mit dem Logo.

Seit 1998 hat die Zentrale ein eigenes neues Haus in der Rüdengasse, gleich neben dem Jugendgerichtshof. Und seit Jänner 2000 hat die Abteilung eine „Schwester“.

Auch im Kindergarten- und Hortbereich wurden neue Strukturen geschaffen. So wurde eine eigene Abteilung, die MA 11 A, geschaffen. Und die hat als Logo ebenfalls den Wal, nur mit drei Kinderwalen daneben.

Die Modernisierung der technischen Ausstattung schreitet voran. So gibt es jetzt schon PCs und Handys für viele MitarbeiterInnen. Die Abteilung ist vernetzt und hat eine eigene Homepage. Es wird aktiv Öffentlichkeitsarbeit gemacht und daran gearbeitet, das Leitbild zu leben.

In den Reihen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gibt es welche, die schon als „HauptfürsorgerInnen des Bezirksjugendamtes“, danach als „SozialarbeiterInnen des Amtes für Jugend und Familie“ und jetzt als „SozialarbeiterInnen der Regionalstellen für Soziale Arbeit mit Familien“ gearbeitet haben und arbeiten - manche von ihnen erlebten all diesen Wandel sogar, ohne jemals den Arbeitsplatz zu wechseln. Ein von mir sehr geschätzter Kollege¹³ beschrieb es einmal treffend *„Ich muss mich gar nicht bewegen, die Welt (und die Abteilung, Anm. der Verfasserin) bewegt sich um mich“*

Auch „sportliche Glanzleistungen“ sind in dieser Epoche wieder zu verzeichnen. So nahmen einige Teams der MAG ELF im September 2001 am BusinessRun im Prater teil. Und ihre Leistungen konnten sich sehen lassen. Das beste Mixed-Team der MAG ELF, die „CRG 17/18/19“ belegten unter 336 Teams den hervorragenden 69. Platz! Aber auch die Leistungen der „Running Whales“, „Pinguin Runners“, „Querläufer“, und wie sich alle nannten, waren beachtlich. Hervorstechend war allerdings die Leistung des einzigen reinen Frauen-

teams „imix-akbal“¹⁴. Sie belegten von 111 reinen Frauenteamen den beeindruckenden 40. Platz und bewiesen damit, dass Frauen nicht nur geeignet sind, sich – frei nach Tandler – in Seelenzustände zu denken, sondern auch verdammt schnell laufen können.

Wien ist anders, Ottakring auch

Wien hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer lebenswerten Metropole entwickelt. Rege Bautätigkeit und der Ausbau von Freizeiteinrichtungen, sei es nun die Donauinsel oder der jährliche Eistraum vor dem Rathaus, Festwochen oder Ausbau der Gasometer beeindrucken. Aber nicht nur die Stadtverwaltung war aktiv, auch BürgerInnen haben politische Verantwortung übernommen und Projekte ins Leben gerufen, die ihresgleichen suchen. Das Integrationshaus¹⁵, eine Initiative engagierter Menschen, beherbergt und betreut seit 1995 Flüchtlinge und hat Vorbildfunktion. Der jährliche Flüchtlingsball im Wiener Rathaus soll Spaß machen und Geld hereinbringen – und erreicht beide Ziele.

Den Rechtsruck der Bundesregierung nach der Nationalratswahl 1999 hat Wien nicht mitgemacht. Aber spürbar ist er dennoch. Das „Sparpaket“ für das Ziel „Nulldefizit“ musste Wien mittragen, Gesetzesänderungen auf Bundesebene wirkten sich aus. Bereits im Jahr 1993 ging in Wien als Antwort auf das „Ausländervolksbegehren“ eine Viertelmillion Menschen zum Lichtermeer auf die Straße.

Auch in Ottakring geht's voran: Es wurde Neues gebaut und Altes liebevoll renoviert. Der Brunnenmarkt ist immer noch die bunte Seele des Bezirks, als Umschlagplatz von Waren aller Art. Und bei der Neugestaltung des Yppenplatzes wurde die Bevölkerung eingeladen, mitzuplanen. Auch die Brauerei gibt's noch und Julius Meinl!



Sujet einer Werbekampagne der MAG ELF

Einige Heurige sind auch noch da und viele Wirtshäuser. Die U-Bahn fährt seit Dezember 1998 bis Ottakring und in ihrem Umfeld wurde die Kunstmeile Ottakring angelegt. Und immer noch hat ein Drittel der in Ottakring lebenden Menschen nicht Österreich als Geburtsland oder Deutsch als Muttersprache. Es ist genauso multikulturell und bunt geblieben, wie es früher war, und das ist schön.

In den Räumen des Bezirksmuseums findet man als Interessierter wahre Schätze über die Geschichte des Bezirks und ein 80jähriger Mitarbeiter – von Geburt an mit Leib und Seele Ottakringer – kann erzählen, dass es die helle Freude ist.

¹⁴ benannt nach den „Sternzeichen“ der Mayas

¹⁵ unter den InitiatorInnen waren auch einige SozialarbeiterInnen der MAG ELF

Das Jugendzentrum in der Ottakringerstraße 200 ist seit über 20 Jahren Treffpunkt. Ein neues Projekt im Albert-Seversaal gibt Jugendlichen die Möglichkeit ein Musical zu schaffen und das gesamte Know-how zu erlernen. Es heißt „Das Projekt“ und es werden viele Workshops für Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren angeboten.

In der Volkshochschule Ottakring werden SchulabgängerInnen im Projekt „Jubiz“ für den Berufseinstieg trainiert. Das Eltern-Kind-Zentrum in der Ottakringerstraße bietet engagiert Programme für werdende und junge Eltern an. Im Krisenzentrum Sandeisen in der Rosa-Luxemburg-Gasse sind SozialpädagogInnen rund um die Uhr für Kinder in Krisensituationen da.

Das Europahaus des Kindes ist eine große Ressource in der Region, wo Kinder – nicht nur in den Ferien – gefördert und betreut werden. Integrationsfond und Gebietsbetreuung kämpfen tagtäglich um bessere Lebens- und Wohnbedingungen ihrer KundInnen.

Kindergärten, Horte und Schulen sind traditionell engagiert. Und alle zusammen arbeiten unter immer schwieriger werdenden Bedingungen, da die Finanzmittel knapp sind.

Na, und das „Jugendamt Ottakring“, mittlerweile Regionalstelle für Soziale Arbeit mit Familien und Regionalstelle Rechtsfürsorge ist mit unermüdlichem Einsatz auch noch da, wo alles als erste Fürsorgestelle begonnen hat.

ALLES GUTE ZUM GEBURTSTAG

Gabi Ziering, Leitende Sozialarbeiterin der Regionalstelle Soziale Arbeit Ottakring

Nach der Matura besuchte Gabi Ziering bis 1980 die Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien. Sie war in ihren ersten Berufsjahren zwischen 1980 und 1988 als Streetworkerin tätig. Streetwork war ein „Kind“ des damaligen Leiters des Wiener Jugendamtes und Geschäftsführers des Vereins „Rettet das Kind“ Dr. Walter Prohaska.

Die Faszination und Widersprüchlichkeit der Sozialarbeit am Wiener Jugendamt zog Gabi Ziering in ihren Bann - im Frühling 1988 kam sie als Sozialarbeiterin in das damalige Jugendamt für den 17. und 18. Bezirk, wo sie bis 1998 mit Hernalser und Währinger Familien arbeitete. Die Kompetenz und das Engagement von Gabi Ziering führten zur Übernahme einer Leitungsfunktion, zwischen 1998 und 2000 war sie die Stellvertretende Leitende Sozialarbeiterin im Jugendamt für den 17. und 18. Bezirk, wo sie die MAG ELF- Umstrukturierungsphase mitgestaltete.

Im Dezember 2000 übernahm sie die Funktion der Leitenden Sozialarbeiterin in der Regionalstelle Soziale Arbeit Ottakring. Sie initiierte die Aktivitäten aus Anlass des Jubiläums.

Gabi Ziering über ihre Erfahrungen bei der Arbeit an dem Bericht

Die Arbeit erlebte sie als überaus spannend, enorm zeitaufwändig - viele Wochenenden flossen in die „Geschichte der Wiener Jugendwohlfahrt“ hinein. Sie spricht von einer großen persönlichen Lernerfahrung und Bereicherung. Gabi Ziering ging an die Geschichte ohne „wissenschaftlichen Anspruch“ heran, sie

kommentierte die Zeit und ihre Menschen bewusst aus dem sozialarbeiterischen Blickwinkel. Vieles war ihr bis dato gar nicht so bewusst, z.B. die Ursprünge des negativen Images der „Fürsorge“ als behördliche „Familienkontrollinstanz“ und des nachhaltigen Bildes, dass Kinder von Problemfamilien in Heime gebracht werden.

Eindrucksvoll zeigt die Zeit Julius Tandlers, dass der Einsatz von sogenannten „Hilfsfürsorgerinnen“ im Kampf gegen Not, Krankheit und das Massenelement behördliche Eingriffe geradezu bedingte, aber auch damals „neu erfundene“ behördliche Hilfen soziale Nöte milderten und die Stadtverwaltung bewusst und zielgerichtet eine gesellschaftliche Verantwortung übernahm, die bisher nur der bürgerlichen oder kirchlichen Wohlfahrt überlassen war.

Besser kennen lernen konnte Gabi Ziering verschiedene historische Persönlichkeiten, wie z.B. Ilse Arlt, die mit der Schaffung der Ausbildung von „Fürsorgerinnen“ den Grundstein legten für eine Entwicklung bis zur heutigen Fachhochschulausbildung.

Eindrucksvoll zeigt die Geschichte der Sozialarbeit auch, welche „Wurzeln“ Mutterberatung - heute Elternberatung - und die Ehe- und Erziehungsberatung haben, die in der „MAG ELF des 21. Jahrhunderts“ ein qualitativ ausgezeichnetes, methodisches Angebot in der „Beratungspalette“ für Wiener Familien darstellen.

Thema „Wohlfahrt im NS-Staat“

Sehr problematisch war die Befassung mit dem Thema „Wohlfahrt im NS-Staat“, da unter den Begriffen „Fürsorge“ und „Jugendwohlfahrt“ der Vernichtung von Menschen zugearbeitet wurde. Gabi Ziering musste anhand des



kargen Dokumentationsmaterials feststellen, dass sich weder darin, noch später Hinweise auf eine Auseinandersetzung oder Aufarbeitung dieser dunklen Zeit finden ließen.

Die Zeiträume, in denen sie bereits selbst dabei war, waren als jüngere Geschichte und Gegenwart manchmal nicht einfach zu beschreiben, weil die „historische Distanz“ fehlte, sodass sich

die Selektion aufwändiger gestaltete. Der Rückblick erweitert das Verständnis. Die heutigen als modern empfundenen methodischen Ansätze haben ihre Geschichte, mit Wurzeln, die weit zurückreichen. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind miteinander verbunden. Rückblicke erweitern das professionelle Verständnis für die Berufsrolle, die Arbeitsziele und für die Menschen, mit denen SozialarbeiterInnen befasst sind.

Quellenangabe und Literaturhinweise

- Gemeinderatsbeschluss 2712/ 17 vom 27.4.1917
- Gemeinderatsbeschluss 13526 vom 12.9.1919
- Gemeinderatsbeschluss 3399/ 26 vom 29.11.1926
- Dr Karl Ourednik: Das Wiener Jugendwohlfahrtsrecht, Wien 1954
- BV Ottakring: 60 Jahre Jugendamt Ottakring 1913 - 1976, Wien 1976
- Jugendamt Wien: 70 Jahre Wiener Jugendamt
- Jugendamt Wien: Gesellschaft, Jugend und Jugendwohlfahrt im Wandel der Zeit
- Klusacek/Stimmer: Ottakring, Vom Brunnenmarkt zum Liebhartstal. Mohl Verlag 1983
- Karl Ziak: Von der Schmelz zum Gallitzinberg, J&V 1987
- Wolfgang Pensold: Die Welt aus erster Hand, Als das Fernsehen nach Ottakring kam, Literas 1999
- Jaschitz/Mulley: Die wilden Fünfziger Jahre, St.Pölten -Wien 1985
- Reinhard Pohanka: Stadt unterm Hakenkreuz, Wien 1938 - 1945, Picus Verlag 1996
- Helmut Weihsmann: Das Rote Wien, Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919 - 1934, Pro Media 2002
- Hubert Pfoch: Kampf und Aufstieg, 40 Jahre SPÖ Ottakring, 1945 - 1985
- Benz, Graml, Weiß (Hsg): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, DTV 1997
- Johann Gross: Spiegelgrund, Leben in NS-Erziehungsanstalten, Ueberreuter 2000
- Wolfgang Neugebauer: Leben und Sterben am Spiegelgrund, in „Spiegelgrund“
- Christoph Sudt (Hsg): Das Dritte Reich, Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 1933 - 1945 Verlag C.H.Beck 1997
- Gudrun Wolfgruber: Zwischen Hilfestellung und sozialer Kontrolle, Jugendfürsorge im Roten Wien, dargestellt am Beispiel der Kindesabnahme, Edition Praesens 1997
- Ilse Arlt: Grundlagen der Fürsorge, Wien 1921
- Maderthaler/Musner: Die Anarchie der Vorstadt, Das andere Wien um 1900, Campus, 1999
- Kleindel: Österreich, Daten zur Geschichte und Kultur
- Karl Sablik: Julius Tandler, Mediziner und Sozialreformer, Schendel 1983
- Dr Maria Simon: Von Akademie zu Akademie, Vortrag zu 75 Jahre Sozialakademie
- Christine Nöstlinger: Maikäfer flieg, Beltz&Gelberg, 1973
- Karl Schneider: Geschichte der Gemeinde Ottakring, Wien 1892
- Armendepartement der Stadt Wien: Nachschlagewerk für die Zwecke der öffentlichen und privaten Armenpflege Wien 1900
- Armendepartement der Stadt Wien: Die Wohltätigkeitsvereine der k.k.Reichshaupt- und Residenzstadt, Wien 1900
- Karl Schneider: Topographie des XVI. Bezirks
- Ferry Kovarik: 100 Jahre Ottakring bei Wien, Eigenverlag 1991
- Prof.Dr.Steinhauser: Geschichte der Sozialarbeiterausbildung, ÖKSA/ICSW 1993
- Emanuela Kielmansegg: Die Bedeutung der guten Lebensart für die Volkspflege, Wien 1933
- Therese Schlesinger: Wie will und soll das Proletariat seine Kinder erziehen, Wien 1921
- Magistrat der Stadt Wien: Das öffentliche Armenwesen in Wien, Wien 1946
- Prof. Julius Tandler: Wohltätigkeit oder Fürsorge ? Wien 1925
- betrifft:Sozialarbeit 1/1975: „Besseres Betriebsklima und grössere Effektivität“ Interview mit OSR Dr Walter Prohaska
- Jugendamt Wien: Sitzungsprotokolle der Amtsleiter, 1962 - 1999
- Jugendamt Wien: Sitzungsprotokolle der Funktionsfürsorgerinnen bis 1982
- Jugendamt Wien: Sitzungsprotokolle der Leitenden SozialarbeiterInnen ab 1982
- Recherchen: im Internet sowie in diversen Archiven, z.B. Ottakringer Bezirksmuseum, Verein Arbeiterbewegung, etc.
- Interviews: mit Brigitte Zinner und Dietmar P.
- eigene Erinnerungen

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Stadt Wien,
MAG ELF – Amt für Jugend und Familie
1030 Wien, Rüdengasse 11, Tel. 4000-8011.

Für den Inhalt verantwortlich: Gabriele Ziering.

Redaktion, Lektorat: Werner Neubauer, Anna Stiedl.

Gestaltung: Alfred Steinschauer.

Fotos: Bezirksmuseum Ottakring, vga wien (Verein Geschichte der Arbeiterbewegung),
Zeitschrift „betrifft: Sozialarbeit“, Johann Gross - Spiegelgrund (Ueberreuter-Verlag),
eigene Publikationen.

Druck: Astoria, Dezember 2002.